Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr: Beträgt für die sechsgespaltene Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 82. Dienstag, den 9. April 1907. 18. Jahrgang.

Krieg den Friedfertigen.

Noch nie hat ein wirtschaftlicher Kampf in Breslau den rücksichtslosen Klassenstandpunkt einer Unternehmerkaste so deutlich enthüllt, als die gegenwärtige Aussperrung in der Maßschneiderei. Gewiß haben im vorigen Jahre die Glasenapp und Genossen schwere Gewissensschuld auf sich geladen. Die Aussperrung in der Metallindustrie hat Unheil über zahlreiche Einzelpersonen gebracht. Aber die Unternehmer in der Metallindustrie konnten doch wenigstens für sich geltend machen, daß sie von seiten einiger Arbeiter mit Forderungen, so geringfügiger Natur diese auch waren, zuerst behelligt worden seien. Nach den Ungeheuerlichkeiten nun, die sich in Gefolgschaft der letzten Aussperrung in Breslau ereignet haben, sollte man meinen, daß sich nicht so leicht wieder eine Unternehmergruppe finden würde, die bereit wäre, ähnliche Situationen heraufzubeschwören. Aber noch kein Jahr ist verflossen, und wir sehen in der Maßschneiderei noch schlimmeres, zwar nicht hinsichtlich des Umfanges einer Aussperrung, wohl aber hinsichtlich der Ursachen.

An einen Streik der Breslauer Schneidergesellen wissen sich selbst die „ältesten Leute" nicht zu erinnern. Zwar hat Breslau im Jahre 1896 einen Schneider-Ausstand gesehen, damals handelte es sich aber um die Konfektions-Arbeiter, und die damalige Bewegung wurde moralisch und materiell von denen unterstützt, die heut ihre Arbeiter aufs Pflaster geworfen haben. Im vorigen Jahre ist schließlich in der Maßschneiderei durch friedliche Vereinbarungen ein Tarif zustande gekommen, bei dem sich die Arbeiter übrigens lediglich um des lieben Friedens willen mit einem recht geringen Lohnzuschlage begnügt haben. Den Hauptvorteil der vorjährigen Lohnbewegung haben die Unternehmer davongetragen, die nur wenig höhere Löhne zu zahlen hatten, die dafür aber der Kundschaft gegenüber beträchtlich bessere Preise erreichten. Nach dem damaligen Tarifabschluß und auch schon während der Verhandlungen sprachen die Unternehmer den Leitern der Gehilfen-Organisationen gegenüber den Wunsch aus, daß auch in der Konfektion vorgegangen werden möchte. Dieser Wunsch ist ihnen durch die Tarifbewegung in der Konfektion in diesem Jahre erfüllt worden. Bei dieser Bewegung waren die Arbeiter der Maßschneiderei der treibende Keil. Nie wäre eine Bewegung in der Konfektion möglich gewesen, hätten nicht die organisierten Maßschneider alle Mühen und Beschwerden auf sich genommen, um die Konfektionsarbeiter in die Organisation hineinzuziehen, und um so ihr Teil dazu beizutragen, daß die Konfektion nicht in kürzester Zeit die Maßschneiderei im Konkurrenzkampfe völlig unterjochte. Die Unternehmer der Maßschneiderei haben also keinerlei Ursache, ihre Arbeiter anzufeinden, es sind zur Zeit keine Forderungen gestellt, die Arbeiter haben nie mit ihrer Arbeitskraft ausgesetzt, außer in der toten Saison, sie haben sich darüber hinaus in der Konfektionsarbeiter-Bewegung als bewußte Förderer des Maßschneidergewerbes gezeigt.

Und diese so friedfertigen Elemente, die sich in der Saison stets so arbeitswillig wie nur möglich zeigten, die in der stillen Zeit dann stets ebenso willig gedarbt haben, sie werden nun ohne jeden Grund und Ursache auf das Pflaster geworfen. Wie mit Keulenschlägen wird ihnen nun von den Unternehmern eingeprägt, was bisher in ihrem Gehirn zumeist noch keinen rechten Platz gefunden hatte, das Klassenbewußtsein.

Die „Gründe" der Aussperrung sind unseren Lesern bereits bekannt. An einigen Orten waren von den Schneidern Lohntarife an die Arbeitgeber eingereicht worden. Anstatt über diese Vorschläge zu verhandeln, übersandten die Arbeitgeber den Arbeitern ihrerseits ebenfalls einen Tarif. Aber auch nicht etwa, damit dieser von den Arbeitern geprüft, sondern bedingungslos angenommen werde. Das konnten diese nicht, denn der Unternehmer-Tarif enthielt einige Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Zustande an jenen Orten. Bei der Hartnäckigkeit, mit der die Unternehmer auf ihrem Standpunkt verharrten, war eine Verständigung nicht zu erzielen. Es kam an einigen Orten zum Ausstande, der schließlich vom Arbeitgeber-Verbande in München mit einer allgemeinen Aussperrung aller organisierten Gehilfen und Heimarbeiter beantwortet wurde. Rund 10,000 Arbeiter wurden in 66 Städten auf das Straßenpflaster geworfen und in mehreren weiteren Orten erhielten die Arbeiter ihre Kündigung. In Breslau sind bekanntlich nicht nur die Mitglieder des Deutschen Schneider-Verbandes in einer Anzahl von etwa annähernd 300 ausgesperrt worden, sondern auch die Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins und des christlichen Verbandes. Die Unternehmer interessiert eben weder der Grundsatz der Harmonie, noch der Grundsatz eines für Christenmenschen würdigen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, der Arbeiter ist vielmehr der Feind, sobald er überhaupt in Gemeinschaft mit seinesgleichen auftritt. Gnade vor den Augen der Herren hat nur die katholische Fachabteilung gefunden, weil ein Mitglied von dieser nach besten Kräften um Streikbrecher wirbt. Zu beneiden sind die Unternehmer allerdings nicht um Leute, die auch die allerordinärste Konfektion nicht ordentlich verarbeiten können, und die nun nach dem berühmten Ausspruch ihres Herrn und Meisters, Bull, ihre Lage zu verbessern trachten, indem sie arbeiten. Ebensowenig werden aber auch die Ausgesperrten jenen Braven besonders zu zürnen brauchen, denen sonst selten Gelegenheit geboten ist, einmal ordentlich zu arbeiten, im Gegenteil, die organisierten Schneider von Breslau haben in den Herren Arbeitswilligen ihre besten Bundesgenossen. Werden während der gegenwärtigen Aussperrung in Breslau erst einmal eine Anzahl von Kleidungsstücken gründlich verpfuscht, was bei dem uns bekannten Arbeitswilligenmaterial ganz sicher der Fall sein wird, und laufen den Herren Geschäftsinhabern deshalb einmal eine Anzahl von Kunden fort, was nicht minder sicher eintreten wird, dann sind alle Aussperrungsgelüste für lange Zeit gekühlt, und die Wünsche der organisierten Arbeiter werden künftig um so besser berücksichtigt werden.

Der Zweck, den das organisierte Unternehmertum mit seiner Aussperrung verfolgt, ist ein recht durchsichtiger. Es wird geplant, die Kasse des Deutschen Schneider-Verbandes zu sprengen. Der Plan wird nicht gelingen. Vor zwei Jahren sind aus dem gleichen Anlaß ebensoviel Schneider ausgesperrt worden. Die Folge war nur eine höchst wünschenswerte Stärkung des Verbandes. Auch diesmal werden die Unternehmer ihren Zweck nicht erreichen. In Breslau hat der Deutsche Schneider-Verband während der Tage der Aussperrung bereits um mehr als 150 Mitglieder zugenommen, und ähnliche Meldungen liegen auch aus einer ganzen Reihe von anderen Orten vor. Das bedeutet aber alles andere, nur nicht eine Schwächung der Organisation in ihrer künftigen Aktionsfähigkeit.

Von der Stimmung, die auch sonst aus Anlaß der Aussperrung im Schneidergewerbe herrscht, zeugt der Umstand, daß etwa 50 ausgesperrte Innungsmeister und gleichzeitige Mitglieder des Schneider-Verbandes erklärt haben, daß sie auf eine Unterstützung verzichten, da sie genügend eigene Kundschaft haben, um für die Dauer der Aussperrung ohne die Arbeit aus den großen Maßgeschäften, für die sie sonst tätig sind, existieren zu können.

Da wird denn so mancher Gernegroß aus dem Schneiderberufe, der sich den wirklich großen an die Rockschöße hängte, und seine Gesellen mit aussperrte, betrübt zusehen, wie ihm seine Kundschaft fortschwimmt. Gern möchte mancher nun zurück, er kann aber nicht, denn der Arbeitgeber-Verband hält auf strenge Zucht. Der Rücktritt eines Einzelnen wäre sein Ruin, er hat sich ja „seinem Verbande" durch Vereinbarung einer hohen Konventionalstrafe, oder Hinterlegung von Wechseln auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert.

Nach Lage der Dinge kann sich indes die Aussperrung unmöglich für längere Zeit aufrecht erhalten lassen. Den Breslauer Kleinmeistern wird sie aber eine dauernde Lehre dafür sein, daß sie, so reaktionär sie auch selbst in ihren Ansichten sein mögen, mit den Scharfmachern im Berufe doch nicht an einem Strange zu ziehen vermögen. Vor allen Dingen aber wird die Gehilfenschaft aus dieser Aussperrung lernen, richtiger, sie hat schon gelernt. Von den 150 neu gewonnenen Mitgliedern des Deutschen Schneider-Verbandes weiß jedes einzelne, daß der im vorigen Jahre vereinbarte Tarif anders ausgesehen hätte, wären sie alle nur damals bereits Mitglieder des Verbandes gewesen. Die Friedfertigkeit der Breslauer Maßschneider aber dürfte recht argen Schaden gelitten haben. Leute, die erst einmal ohne allen Grund auf das Straßenpflaster geworfen worden sind, werden sich künftig auch nicht mehr scheuen, die Werkstatt auf Tage oder Wochen hinter sich zu lassen, wenn es das eigene Interesse zu wahren gilt. Die Geister, die der Breslauer Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe geweckt hat, wird er nicht mehr los werden. Ueber Nacht sind aus den friedfertigen Handwerksgesellen kampfesfrohe Proletarier geworden. Und das ist gut so. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Schneidergewerbe sind trotz aller entgegengesetzten Behauptungen der Arbeitgeber noch so beschaffen, daß die Gehilfenschaft alle Ursache hat, energisch an einer Aufbesserung zu arbeiten.

r. d.

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

47

„Ja", sagte die Wirtin, indem sie ihre Brille wiederum im Busentuch unterbrachte, „lernt einen Bär tanzen, er fällt doch wieder auf seine alle Vier'. Und wenn man denkt, Du bist einmal vernünftig, da bist Du geschwind mit Deinen Faxen wieder dahinter her. So groß und so stark Du bist, so bist Du doch mir, als ein pures Kind. Ich hab Dir gesagt: mach, was Du willst; aber denk nicht, daß Du an mir einen Rückhalt haben willst, wenn Du mir nicht folgst. Nicht, daß ich's mit den Weibern in der Stadt nicht möcht verderben um Deinetwegen; wiewohl ich nicht wüßt', warum ich dies sollt' nun. Aber es soll auch nicht heißen, die Reicker Wirtin hat sie in ihrem Trotz bestärkt. Und nun weiß ich auch einmal sagen; und so ist's und nu ist's fertig. Behüt Dich Gott!"

„Ja, wie Ihrs da sagt, klingt's auch nach was!" lachte die Heiterethei. Sie [illegible] die Tolin ungewiß, ob sie durch die Lücke gehen sollte, oder durch die Tür. Es ist eigen, daß man gern wieder durch den Eingang fortgeht, durch den man hereingekommen ist. Hätte nicht unbewußter Weise auch die Reicker Wirtin diese Regung gefühlt, die Heiterethei wäre mit dem Türöffnen zu [illegible] gekommen. Die Wirtin wartete darauf und schüttelte [illegible] verwundert darüber den Kopf, und schüttelte ihn noch, als die Heiterethei sie nicht mehr sehen konnte.

Der Heiterethei war es nicht so ums Herz gewesen, als sie die Wirtin glauben machte, daß ihr wäre. Sie war von dem Häuschen [illegible] geschieden, bis die Alte über die Strecke ihres Weges hinweggelangt(?) war, die sie durch eine Lücke in den Weiden hindurch sehen konnte. Die Tolin war die einzige, von der sie noch Teilnahme und Hilfe erwarten durfte gegen die Not, die mit schnellerem Schritte dem Häuschen nahte, als die Alte sich davon entfernte. Mehr als einmal meinte sie, sie noch errufen zu können. Aber die Alte wäre auf ihrer Rede bestanden, und abbitten konnte sie nicht, wenn sie auch gewollt hätte.

Der Haufe(?) der am Abend auf der Heimkehr aus dem Holzen an ihrem Häuschen Vorbeikommenden hatte sie dann nur noch in ihrem Trotze bestärkt.

Waren die beiden Nächte gewesen [illegible] für die Heiterethei, [illegible]

Die Not drängte näher, ihre Empfindlichkeit war gereizter, als je. Sie war nie erbitterter auf die Menschen gewesen, [illegible] mit ihr verfahren, und doch hatte sie nie [illegible]

„Meinetwegen!" sagte sie, kummervoll aufsitzend im Bette, denn nichts verstärkt das Gefühl innerer Bedrängnis empfindlicher, als die äußere Hilflosigkeit der liegenden Stellung. „Meinetwegen! O, wenn ich allein wäre, sie sollten mich zu nix zwingen, so lang's Wurzeln gibt auf den Wiesen und Wasser im Bach. Aber mit dem Liesle da, wo ich froh bin, daß ich's so aufgebracht hab mit Ziegenmilch und Tee! Und daß ich's nur wenigstens ermachen können, daß ich die Geiß behalten hätt! Und sie geben mir keine Milch auf Borg, ich muß froh sein, wenn ich für Geld welche krieg. Und das ist nun auch alle. Aber abbitten tu ich doch nicht! Mich anbieten zur Arbeit, das will ich meinetwegen noch. Und ich weiß nicht, wie ich das anfangen soll, daß ich zu den Leuten soll sagen: Gebt mir Arbeit, wo sie sich vorher haben gerissen um mich. Ja, anbieten, das will ich noch tun um dem Liesle seinetwegen. Und das tu ich morgen; aber jetzt denk ich nicht mehr dran. Die Gedanken machen einen desperat. Gut; lachen sie äußerlich, so lach ich innerlich. Am End' müssen die Leut' sich schämen und nicht ich. Und tun sie das nicht, so tun sie was anders. Ich schlaf aber nun, und nun seid still, ihr Gedanken, ich sag's euch zum letzten Mal; und so ist', und nu ist's fertig!"

Dazu machte die Heiterethei eine entschiedene Wendung auf die Seite, um ihren Worten den Nachdruck der Gebärde zu leihen. Aber es schien vergebens. Der Schlaf, den sie gerufen, kam ihr noch nicht zu Hilfe. Instinktmäßig suchte sie nach einem Punkte, an den sich eine andere Gedankenreihe knüpfen ließe. Ihr Blick fiel auf das Händchen des Kindes, das im vollen Mondlicht auf der Decke neben ihr lag. Unwillkürlich fiel ihr ein, wie ihre Schwestern und Bettgenossinnen sich schon als Kinder bemüht, aus den Verzweigungen des Geäders auf dem Händchen die Anfangsbuchstaben des Namens ihrer künftigen Männer herauszulesen. Sie selber hatte damals dieses Treiben verspottet; die Schwestern behaupteten, weil auf ihrer Hand nichts geschrieben stehe, so werde sie einmal gar keinen bekommen. Jetzt, wo ihr's darum zu tun war, nur nicht wieder in jene Gedanken zu geraten, tat sie, was sie damals nicht getan. Und seltsamer Weise, als sie eben dieses Treibens halber sich vor sich selber schämen wollte, meinte sie, ganz leserlich standen zwei [illegible] Schriftzüge auf ihrer Hand. Sie fühlte sich über und über erröten und wollte nicht wieder hinsehen; denn so fest und [illegible] vor den Leuten, so schamhaft war sie vor sich selbst.

[illegible] wie nun das Liesle, plötzlich erwachend, die Pflegerin immer [illegible] und nach seiner Weise mit ihr zu reden begann, da [illegible] die Heiterethei vor seinen kleinen Augen. Es war, [illegible] wollte das Kind die Namen nennen, die sie eben entdeckt. Sie wußte, daß das Kind noch kein Wort sprechen konnte, [illegible]

„Sei nicht dumm, Liesle", sagte sie schnell, um ihr zuvorzukommen, es ist ja nicht wahr. Der Mond guckt rein, ob Du ein gut Kind bist und schläfst, und hernachen sagt er's seinen kleinen Brüderln am Himmel. Guck, er ist schon auf dem Gingel da oben; da trinkt er erst eins, hernachen legt er sich auch nieder und schläft."

Das Kind war schon wieder im Entschlummern und sank zurück. Und nun bedurfte es keiner Anstrengung mehr, sich der Sorgen von vornherein zu erwehren; denn es knüpfte sich eine Gedankenreihe an, die stark genug war, sich gegen jede andere zu behaupten.

Es war, als wenn die Heiterethei sich bei sich selber entschuldigen müsse, daß ein F. und ein H. auf ihrem Handrücken stand. Denn daß am Ende aus den Verschlingungen des Geäders zu lesen war, was man wolle, daran dachte sie in ihrer Unbefangenheit nicht.

„Dummes Zeug", sagte sie zu ihrem Handrücken. „Ich brauch keinen Mann. Nicht den und auch einen andern nicht! Wenn ich was möcht, so wärs ein Bruder. Schön sein muß es doch, wenn man einen Menschen hat, dem man alles kann sagen. Ja, und zu einem Bruder, da ließ ich mir meinetwegen den Holders-Fritz gefallen. Wenn er mein Bruder wär, und ich wohnt bei ihm, wie wollt ich ihm seine Sach' zusammenhalten! Da wollt ich den ganzen Tag in seiner Werkstatt mit ihm sein und ihm helfen. Er sollt nicht merken, daß er einen Finger weniger hat. Hernachen, wenn er nieder wär, da macht ich Ordnung in der Werkstatt und scheuert und macht, was zu machen wär. Und wenn mir das Blut unter den Nägeln vorliefe, ich wollt nicht meinen, ich tät zu viel. Zuerst müßt er ein ordentlich Halstuch haben, denn das Kragenliegen(?) kann ich nicht leiden, und die langen Quasten schnitt ich gleich den ersten Tag von seiner Pfeifen. Rauchen möcht er meinetwegen; es ist, als wenn's einmal zu einem Mannsbild gehört. Un' ohne Pfeifen, wie ein Schlenkerles-Jörg dürft er mir auch nicht mehr auf die Gass'. Es ist ein Jammer, wenn ein so hübscher gewachsener Mensch so gar nix auf sich hält. Er ist der schönst Bursch, den ich gesehen hab. Aber die langen, wilden Haare, da weiß ich auch nicht, wozu das gut sein soll; wird nur den [illegible] davon."

„Und sein Maß Bier den Tag, das wollt ich ihm auch nicht verwehren. Das Geld freilich, das müßt ich haben. Er ist die Gutheit selber, und wenn er welch's hat, so haben's eigentlich andre Leut', und wo selber genug haben im Haus."

So kam sie. Aber schon versagten ihr die Worte, bald auch die Gedanken vor Schläfrigkeit. Ihre Augen fielen zu. Kaum noch, daß sie fühlt, was zwei [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

3½ Milliarde sind glücklich überschritten! Unsere Verschuldung wächst im Automobiltempo, obwohl jedes Jahr einen Strauß neuer Steuern bringt. Der Bericht der Reichsschulden-Kommission ist dem Reichstage kürzlich zugegangen. Danach betrug die verzinsliche Reichsschuld am Schlusse des Rechnungsjahres 1905 **3543,5** Millionen, das sind gegen das Vorjahr „nur" 340 Millionen Mark mehr.

Diese Schulden bilden eine ungeheure Belastung der Armen zu Gunsten der Reichen. Denn die Verzinsung der Schuld kostet jährlich mehr als 110 Millionen Mark. Diese Zinsen müssen von den Armen durch indirekte Steuern aufgebracht werden und fließen in die Taschen der Reichen, die sich Staatsschuldscheine kaufen können. Je mehr Schulden das Reich, um so mehr ziehen die Reichen dem Armen das Fell über die Ohren.

Ein Steuertrick. Neue Steuern mit der Begründung, daß unsere Kolonialabenteuer sie verschlucken, sind natürlich sehr unbeliebt. Es muß ein Weg gesucht werden, den sauren Bissen etwas einzuwickeln, möglichst in „sozial" scheinende Hüllen. Von diesem Standpunkt aus ist es verständlich, wenn die Regierung erklären läßt, daß „bisher überhaupt noch nicht einmal Erhebungen angestellt sind, ob und in welchem Umfange neue Steuervorlagen nötig erscheinen. Es hat dies darin seine Ursache, daß die Vorarbeiten für die Gehaltsaufbesserung der unteren und mittleren Beamten noch nicht abgeschlossen sind. Die Gehaltsaufbesserungen werden zum Winter durch eine besondere Jahresvorlage dem Reichstage unterbreitet werden." Die lumpigen paar Mark Gehaltszulagen sollen dann den Vorwand abgeben, das Volk mit neuen Millionen zu belasten. In Wirklichkeit frißt aber die Weltpolitik, Militarismus und Marinismus all die Summen.

Pikantes zur höheren Ehre der deutschen Kriegsflotte. Der Flottenverein hat auf allen größeren Bahnstationen Automaten aufgestellt, die nach dem Einwurf eines Zehnpfennigstückes Bilder aus dem Seeleben oder belustigende Szenen darstellen. Der Ertrag dient Vereinszwecken, also dem Ausbau der deutschen Kriegsflotte. Um Geschäfte zu machen, scheut der Verein die gewagtesten Mittel nicht, selbst nicht eine Attacke auf die vielgerühmte deutsche Sittlichkeit.

Unter den in Berlin aufgestellten Bildern befindet sich zum Beispiel ein Kasten, der die Aufschrift trägt: „Ein Blick ins Damenbad." Eine nebenstehende Verfügung fordert den Fahrgast auf, einen Groschen in den Schlitz zu werfen, und die Kurbel achtmal rasch nach links zu drehen. Fügt er sich nun als guter Preuße dieser anscheinend behördlichen Anordnung, so wird er Augenzeuge von Vorgängen, die sich nur annähernd beschreiben lassen. Faun und Nymphe in modernster Einkleidung! Ein einsamer Strandkorb, Strümpfchen, Spitzenhöschen, Koketterie und Angriff — schließlich ein eiliger Plumps ins Wasser, der dem Äußersten gerade noch rechtzeitig vorbeugt. Jeden Tag schluckt der Automat hunderte Groschen von unreifen Jungen und wißbegierigen Mädchen, hundertmal zeigt die Strandschöne ihre Reize, springt der Angreifer aus seinem Versteck, rettet das Dämchen seine Tugend aus höchster Gefahr ins feuchte Element. Doch nicht nur unser Sündenbabel wird mit derartigen zweifelhaften Kunstwerken versehen, sondern auch das deutsche [illegible].

Die „Deutsche Reichszeitung" berichtet mit saurer Miene von einem Flottenvereins-Automaten in Köln, der die pikante Aufschrift trägt: „Der Kloster-Don Juan." Der seinen Nickel opfert, dem wird eine Zelle vorgeführt, in der ein Klosterbruder und ein Frauenzimmer sich befinden. Der Klosterbruder [illegible] mit seinen Bemühungen um Zärtlichkeit und seinen Küssen auf der Höhe, wird aber plötzlich in seiner angenehmen Beschäftigung durch den Oberen unterbrochen. Der letztere weist mürrisch und würdevoll den gefallenen Bruder hinaus, um dann, nachdem dieser das Feld geräumt, als Don Juan Nr. 2 sich [illegible] zu betätigen als der erste. [illegible]

[illegible]

[illegible]. [illegible]

Südwestafrika im Lichte eines Kenners. Der ehemalige Landeshauptmann von Südwestafrika, Generalmajor von Francois, veröffentlicht im „Tag" einen interessanten Artikel über „Besiedelung und [illegible] in Südwestafrika". [illegible] Hoffnungen sind, die von unseren Kolonialschwärmern in die Entwicklungsfähigkeit des Landes gesetzt worden sind.

[illegible]

hauptsächlich die etwa 8000 Kaufleute, Gastwirte, Handwerker und Arbeiter. Das ist eine Tatsache, auf die auch wir längst hingewiesen haben. Würde man die Schutztruppe statt auf 4000 bis 5000 Mann noch weiter reduzieren, so würde der südwestafrikanische Krach ein geradezu fürchterlicher werden. Deshalb denkt denn auch die Regierung nicht daran, eine solche Reduzierung der Schutztruppe eintreten zu lassen. Sie braucht eine starke Schutztruppe, nicht nur als Grundstock einer Kolonialarmee, sondern auch um den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Kolonie zu verhüten. Die **40 oder 50 Millionen, die Deutschland jährlich für die Truppe** ausgibt, sollen gleichzeitig den finanziellen Rückhalt des kolonialen Wirtschaftsgebiets bilden. Mit anderen Worten: Südwestafrika ist im Grunde nichts anderes als ein **einziges Marketenderlager**, daß von der milchenden Kuh, der Schutztruppe, lebt.

Aber selbst dann, wenn eine starke Schutztruppe zurückbleibt, steht es um die Farmer außerordentlich schlecht. Diese können zwar Land genug zum Preise von 80 bis 100 Pf. den Hektar kaufen, aber um die landwirtschaftliche Produktion steht es um so schlechter: „Produzenten werden sie trotzdem nicht. **Feldbau können sie bekanntlich nicht treiben, Gartenbau lohnt nur da, wo nahe Absatzgelegenheit ist**; die Produktionskosten sind höher, als die Preise für eingeführte Körnerfrüchte". Aber auch um die Produktion von Vieh steht es außerordentlich schlecht. Francois schätzt nach Durchsicht alles veröffentlichten Materials den gesamten Bestand des Schutzgebietes an Muttervieh auf etwa 5000 Kühe und 50,000 Mutterschafe und Ziegen. Um aber den Milch- und Fleischbedarf einer Bevölkerung von 6000 Weißen, 4000 Mann Truppen und 40,000 Farbigen zu decken, der jährlich rund 20,000 Ochsen und 280,000 Kleinvieh betrage, seien nötig 80,000 Kühe und 1 Million Kleinvieh-Muttertiere. Ohne einen solchen Viehbestand werde in Südwestafrika chronische Hungersnot herrschen.

Unter Zugrundelegung einer Berechnung des Farmers Schlettwein werde sich der vorhandene Viehbestand in zirka 15 Jahren bis zu der zur Fleischversorgung der schon heute in der Kolonie befindlichen Bevölkerung von 50,000 Köpfen vermehrt haben, dabei seien aber die Gefahr der Verseuchung und andere Unsicherheiten des Betriebes nicht einmal in Betracht gezogen. Francois macht deshalb den Vorschlag, sofort eine größere Summe, etwa 8 Millionen, staatlicher Subventionen für Viehankauf zu verwenden. Geschehe das, so würde schon nach zehn Jahren ein Viehstand von 50,000 Kühen und 800,000 Kleinviehmüttern in der Kolonie vorhanden sein können.

Herr v. Francois nimmt also an, daß durch geeignete Maßnahmen in zehn Jahren wiederum eine Menge von Vieh herangezüchtet werden könnte, um eine Bevölkerung von 50,000 Köpfen zu ernähren. Nun rechnet man aber in Deutschland bekanntlich damit, daß viele Tausende neuer Ansiedler während dieses Zeitraumes ansässig gemacht werden könnten. Wovon diese leben sollen, ohne daß das Reich unzählige Millionen für ihren Unterhalt ausgibt, ist völlig rätselhaft. Ganz abgesehen davon, daß die ganzen Viehzüchtungspläne des Herrn von Francois durch die Rinderpest, die gerade jetzt wieder arg auftretende Heuschreckenplage und ungünstige Witterung, das heißt jahrelanges Ausbleiben von Regen, zu nichte gemacht werden können!

Man sieht, daß die Entwickelung Südwestafrikas nur durch andauernde ungeheure Zuschüsse des Reiches künstlich herbeigeführt werden kann. Und dieses trostlose Land ist von Herrn Dernburg als ein „neues überseeisches Deutschland" gepriesen werden.

Hütekinder. Stets im Frühjahr wiederholt sich in den Bodensee-Städten ein Vorgang, der an Sklavenhandel, ja noch an viel Schlimmeres erinnert. Hundert von Kindern, Jungen im Alter von 9—13 Jahren, kommen, geführt von Frauen, die dieses Geschäft als Handwerk betreiben, auf den Schiffen in Friedrichshafen an, wo die armen Proletarierkinder aus Südtirol und Vorarlberg von den zu diesem Zweck reichlich erschienenen Bauern wie Marktware gekauft bezw. gemietet werden, um den Sommer über für wenig Lohn, [illegible] Essen und einige [illegible] Kleidungsstücke in den Bergen Badens und Württembergs Vieh zu hüten. So läßt sich der „Schwäbische Merkur" aus Friedrichshafen schreiben:

[illegible]

Ein [illegible] gegen den „Simplicissimus". [illegible]

[illegible]

aus: Die Beweisanträge des Beklagten sind als unerheblich abgelehnt worden. Das Gericht ist in allen Punkten den Ausführungen des Privatklägers (Wörmann) gefolgt. Das Bild sei eine gemeine Beleidigung. Der Privatkläger sei aus der Verhandlung vollkommen intakt hervorgegangen. Lediglich ein ehrengerichtliches Verfahren sei gegen ihn wegen einiger nebensächlicher Fragen anhängig.

Die Folter setzt ein. In dem Zeugniszwangsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme", Genossen Geck, wegen Ermittelung des Verfassers des Artikels in der Faschingsnummer „Schnupftabak" hat das Amtsgericht die Beschwerde des Angeklagten gegen die Zeugniszwangshaft abgelehnt. Geck muß nunmehr seine Strafe antreten.

Die Straßenszenen, welche sich in **Bremen** am Abend des 1. Februar, nach dem Bekanntwerden der Wahl Hormanns zum Reichstagsabgeordneten, abspielten, beschäftigten die Strafkammer des Bremer Landgerichts. Acht Angeklagte, darunter eine Frau, hatten sich wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu verantworten. Das Gericht verurteilte die Arbeiter Mensching und Deß wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis, die Angeklagten Slezak, Ostradowsky und Wewerka wegen Landfriedensbruch zu je vier Monaten Gefängnis, Rautenberg wegen Sachbeschädigung, unter Freisprechung von der Anklage des Aufruhrs, zu einem Monat Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft; Hobein und die Ehefrau Rautenberg wurden wegen nicht ausreichenden Beweises freigesprochen.

Zur Anarchistenbewegung. Der kürzlich auf dem Anarchistenkongreß verhaftete Arzt Dr. **Friedberg** ist gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

Wenn Friedberg nun schon als anarchistischer Führer offiziell an den Kongressen teilnimmt, sollte ihm sein eigenes Ehrgefühl gebieten, aus der sozialdemokratischen Partei auszuscheiden.

Was dabei herausspringt. Zu den Gesellschaften, deren Dividenden einen erheblichen Betrag darstellen, gehören die beiden größten deutschen Schiffahrtsunternehmen. Welche Summen da für das Kapital herauskommen, zeigt folgende Zusammenstellung:

	Bruttogewinn Mk.		Reingewinn Mk.	
	1903	1906	1903	1906
Hamburg-Amerika-Linie . .	23,241,202	**37,322,274**	6,474,249	**10,421,371**
Norddeutscher Lloyd . .	28,011,127	**36,373,588**	6,459,048	**12,786,579**

Die beiden Gesellschaften haben bei Abschreibungen von zusammen rund 34 Millionen Mark im letzten Jahre noch einen Reingewinn von **23,207,950** Mk. zur Verfügung gehabt. Und wenn die Herren zusammenkommen, um den Profit zu verteilen, dann sind Arbeiterfragen undiskutabel.

Der Zuhälter als Vertrauensmann der Polizei. Von der Strafkammer in Köln wurde der Kutscher Balthasar Orgeich, weil er die Prostituierte Josefine Hölscher ausgenutzt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Kriminalschutzmann bekundete als Zeuge, daß der Angeklagte der **Sittenpolizei stets gute Dienste** als Vertrauensmann geleistet habe.

Der bedingte Strafaufschub. Die Zahl der Fälle, in denen der bedingte Strafaufschub bewilligt worden ist, ist in stetem Steigen. Abgesehen von Mecklenburg-Strelitz und den beiden Fürstentümern Reuß, die den bedingten Strafaufschub nicht eingeführt haben, ist in Deutschland im Jahre 1906 in 19,026 Fällen Strafaufschub bewilligt worden, während dies im Jahre 1905 in 16,379, 1904 in 14,783, 1903 in 13,779 und 1900 in 7177 Fällen geschehen war. Von den Fällen des verflossenen Jahres kamen allein 11,116 auf Preußen, ferner 3635 auf Bayern und 1243 auf Sachsen.

Ausland.

Der neue Reaktionsfeldzug setzt ein. Ministerpräsident Stolypin hat dem Präsidenten der Reichsduma mitgeteilt, die Regierung werde unmittelbare Beziehungen zwischen der Duma und den Semstwos, weil sie ungesetzlich sind, **unter keinen Umständen zulassen.** Anlaß zu dieser Erklärung gab der Umstand, daß der Vorsitzende der Notstandskommission der Duma an einige Semstwos das Ersuchen gerichtet hat, ihr die Berichte über die Verpflegungsoperationen zur Einsicht zu überlassen.

Der Rigaer Inquisitor — befördert! Der Chef des Rigaer Inquisitionskommandos **Gregus**, der einen zweimonatlichen Urlaub erhalten haben sollte, befindet sich in Petersburg. Er war überhaupt nicht beurlaubt, sondern wurde zur Petersburger Schutzabteilung abkommandiert, wo ihm die Funktionen eines Beamten für besondere Aufträge zugewiesen wurden.

* * *

[illegible] ist noch nicht müde. Die Wiener russische Botschaft dementiert entschieden alle Gerüchte von einer beabsichtigten Abdankung des Zaren.

* * *

38,411 Reklamationen über die Wählerliste sind bisher in den 21 Wiener Wahlbezirken eingebracht worden. Die Zahl der Reklamationen ergibt also mehr als **10 Prozent der Wähler!** Während z. B. in der Josefstadt die Reklamationen 2 Prozent der Wählerschaft betragen, betragen sie in Arbeiterbezirken an 20 Prozent! So in der Brigittenau mehr als 21, in Ottakring mehr als 20, in Favoriten mehr als 18 Prozent! Das heißt, jeder fünfte Wähler ist von dem Wahlkataster „übersehen" worden. Das ist eine neue Form des Wahlrechtsraubes.

* * *

Die Regierung Clemenceaus und die sozialistischen Lehrer. Das Schreiben des Ministerpräsidenten Clemenceau, betreffend den Anschluß der staatlich angestellten Lehrer an den allgemeinen Arbeiterverband, wird dem Syndikate der Lehrer demnächst zugestellt werden. Clemenceau legt in dem Schreiben dar, daß die Grundsätze des Arbeiterverbandes einen Anschluß der Lehrer an denselben unzulässig machen. Der der Kammer vorgelegte Gesetzentwurf biete den Staatsbeamten alle Befriedigung, die sie zur Wahrung ihrer beruflichen Interessen nur wünschen könnten. Er verleihe ihnen namentlich das Recht, Vereinigungen zu bilden und sich mit gleichartigen Verbänden zusammenzuschließen. Clemenceau spricht die Hoffnung aus, daß die Lehrer sich dem Gesetze unterwerfen würden.

* * *

Die japanische Marine wird fortgesetzt. Wie das „Bureau Reuter" meldet, ist eine japanische Kommission z. Z. auf der Reise nach England begriffen, um mit einer britischen Firma einen Vertrag über den Bau eines Schlachtschiffes abzuschließen, das in seinen Abmessungen alle bisherigen Schlachtschiffe der Welt übertreffen soll. Das Deplacement soll etwa 21,000 Tonnen und die Kosten etwa [illegible] Mill. Sterling betragen, auch soll das Schiff voraussichtlich hinsichtlich der Bestückung besondere Neuerungen aufweisen. — [illegible] — im Guten und im Schlechten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. April.

Wo bleibt die Kontrolle über die Besatzung der Oderfahrzeuge? [illegible] Jahresfrist bestand für die Oderfahrzeuge keinerlei Bestimmung über die Stärke der Besatzung. Die Unternehmer konnten in willkürlichster Weise das Leben und die Gesundheit der Schiffsmannschaften gefährden. Unfälle [illegible] auf [illegible], die zum großen Teil durch die mangelnde Be-

satzung verursacht wurden. Mit diesen Zuständen hatten sich eine Reihe öffentlicher Schiffer-Versammlungen beschäftigt; mehrere Eingaben wurden der zuständigen Behörde unterbreitet, ehe man die Notwendigkeit einer einschlägigen Bestimmung erkannte. Mit dem 1. Juli 1906 trat dann endlich eine neue **Polizei-Verordnung** über die Schiffahrt und Flößerei auf der Oder in Kraft, in der auch die Stärke der Besatzung geregelt ist.

Trotz dieser Verordnung sieht man aber die gleichen Zustände heute noch wie zuvor. Das Unternehmertum scheint sich sehr wenig um die bestehenden Gesetze zu kümmern. Täglich gehen dem hiesigen Büreau des Schiffer-Verbandes Mitteilungen über unvorschriftsmäßige Bemannung zu, und erst dieser Tage meldete an der genannten Stelle ein Bootsmann, daß sich im Breslauer Umgehungs-Kanal ein Fahrzeug quer vor eine Brücke gelegt habe, weil das Fahrzeug ungenügend bemannt war. Wir müssen deshalb hier die Frage aufwerfen: **Wo bleibt bei diesen Uebertretungen die Kontrolle?** Gerade in Breslau konnte man im vorigen Jahr im Monat Mai an einzelnen Stellen der Oder sehr viel Polizeibeamte finden, auch die Brücken außerhalb Breslaus waren fast den ganzen Tag polizeilich beaufsichtigt, allerdings fast durchweg ganz unnötig: um diese Zeit streikten nämlich die Oderschiffer, und mit Argusaugen wachte man, daß keine Ungesetzlichkeit vorkam. Wir möchten wünschen, daß die Behörde jetzt Veranlassung nähme, den Unternehmern gegenüber die gleiche Aufsicht an den Tag zu legen, anderenfalls die Arbeiterschaft in dem Glauben gestärkt werden muß, daß man nur von der arbeitenden Klasse die Innehaltung der Gesetze mit größter Peinlichkeit fordert, und den Unternehmern bei Uebertretungen der Gesetze den weitgehendsten Spielraum überläßt. Und das ist doch gewiß nicht die Absicht der Behörde?

Unsere Grundwasserversorgung

beschäftigt nach wie vor die theoretische Wissenschaft ebenso wie die praktischen Wasserfachmänner. So teilt jetzt wieder in der „Schles. Ztg." ein hiesiger Chemiker mit, daß er ein Verfahren gefunden habe, welches ihn instand setze, das **Mangansulfat aus unserem Grundwasser zu entfernen.** Dieses bereits patentamtlich geschützte Verfahren besteht darin, daß dem Rohwasser in Schwentnig Calciumpermanganat in bestimmter Menge dauernd zugeführt wird. Dadurch werde das gesamte Mangan als Braunstein quantitativ ausgefällt. Als Nebenprodukt entsteht etwas Gips, der infolge seiner Schwerlöslichkeit nur zum Teil und zwar in voraussichtlich unschädlicher Menge ins Gebrauchswasser übergeht. Bei einem Tagesbedarf von 40,000 Kubikmetern und einem Gehalt von 0,064 Gramm Mangansulfat im Liter wären täglich 2560 Kilogramm Mangansulfat zu beseitigen. Dazu wären theoretisch 1571 Kilogramm Permanganat erforderlich, in Wirklichkeit aber bei Zwischenschaltung eines einfachen Rieselers wesentlich weniger. Es würden dann täglich 2158 Kilogramm Braunstein ausgefällt werden, aus dem sich das Permanganat zurückgewinnen läßt.

Im Laboratorium arbeitet das Mittel gut und praktisch wird es sogar bei den quantitativen Analysen verwendet. Die Kosten des Verfahrens sind nicht erheblich. Bei einer eventuellen Anwendung in der Breslauer Grundwasserversorgung wären keine großen technischen Umänderungen erforderlich.

---

* **Die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung,** die am kommenden Donnerstag stattfindet, enthält nur wenige neue Vorlagen, die meisten sind in der vorigen Sitzung, die so ausgiebige Rededuelle sah, zurückgeblieben, unter ihnen auch die Vorlage wegen Ankaufs der sogenannten Vogelwiese an der Hohenzollernstraße. Von den neuen Anträgen mögen Erwähnung finden: Die Verstärkung des Etats der gewerblichen Fortbildungsschule um 4888 Mark, hauptsächlich zum Zwecke der Gehaltszahlung an die Lehrer, ferner die Kosten für die Vorbereitung der letzten Reichstagswahl mit 17,075,62 Mark, ferner verschiedene Bebauungs- und Straßenregulierungsverträge; weiter der Antrag Schütz über die Errichtung von Volksbrausebädern und die Errichtung eines Volksschulhauses an der Steinstraße. — Voran geht eine gemeinsame Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten behufs Wahl von fünf Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für 1908.

* **Der organisierten Arbeiterschaft** wird von der Leitung des Distrikts 17 zur Kenntnis gebracht, daß der Wirt Lohestraße 63 auf wiederholtes Anfragen nach der „Volkswacht" erklärt hat, mit derselben habe er schon Scherereien genug gehabt: wer nicht will, brauche nicht zu ihm kommen, denn die Arbeiter betrügen mich doch bloß. Darnach mögen sich die organisierten Arbeiter richten.

* **Das neue Schuljahr** beginnt in unseren Volksschulen morgen am 9. April. Mit diesem Termin ist bekanntlich die Umwandlung unseres gesamten Volksschulsystems in ein siebenklassiges beendet. Die Folge davon ist eine Vermehrung der einzelnen Klassen. So werden an den **evangelischen Schulen** 3 sechste, 2 vierte, 6 dritte, 6 zweite und 10 erste Klassen neugebildet, so daß unter Einziehung von 2 parallelen Klassen ein Zuwachs von 25 neuen Schulklassen entstanden ist. An den **katholischen Schulen** wurden 1 sechste, 4 vierte, 1 dritte, 1 zweite, 3 erste Klassen, zusammen also 10 neue Klassen neugebildet. Da eine so dringend nötige Vermehrung der Hilfsschulklassen nicht vorgenommen wird, so beträgt die Klassenvermehrung am Anfange des neuen Schuljahres 1907 insgesamt 35 Klassen. Gleichzeitig ist auch die Zahl von Stunden für den Handarbeits- und Turnunterricht in entsprechender Weise vermehrt worden. Das neue Schuljahr beginnt daher mit 75 evangelischen Volksschulen mit 721 Klassen und 54 katholischen Volksschulen mit 417 Klassen, zusammen mit 129 Volksschulen und 1138 Klassen. An ihnen amtieren 85 Schulleiter (Rektoren und Hauptlehrer), 428 Lehrer und 271 Lehrerinnen an den evangelischen, und 54 Schulleiter, 242 Lehrer und 121 Lehrerinnen an den katholischen Volksschulen, zusammen also 139 Schulleiter, 670 Lehrer und 392 Lehrerinnen. An den 10 Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder sind in 33 Klassen 24 Lehrer und 9 Lehrerinnen beschäftigt. Die Besetzung der 35 neuen Stellen erfolgte in einer evangelischen Stelle mit einem Rektor, in 19 evangelischen und sieben katholischen mit Lehrern und in fünf evangelischen und drei katholischen mit acht Lehrerinnen.

Trotz der hier mitgeteilten Vermehrung der Schulklassen wird aber die durchschnittliche Belegung der einzelnen Klassen, die im Jahre 1904 bereits auf 52 herabgegangen war, dann aber wieder auf 53 im Jahre 1905 und 54 im Jahre 1906 stieg, nicht sinken, im Gegenteil, sie wird voraussichtlich noch weiter steigen. Wir brauchen eben mehr Schulen.

* **Die Aenderungen der Wertzuwachssteuer,** wie sie in der [illegible] gekommen sind, bestehen [illegible] Januar 1905 [illegible] Punkten: [illegible] einrechnen, wenn die Hypothek erst drei Monate vor den ersten Beschlagnahme des Grundstückes erworben ist und wenn der Ausfall anderweit gedeckt wurde.

Bei **unbebauten Grundstücken (§ 5b)** wird der Bestimmung, daß 4 Prozent jährliche Zinsen des Erwerbspreises anzurechnen sind, hinzugefügt: „Hat der Eigentümer das Grundstück selbst in landwirtschaftliche oder gewerbliche Eigenbetriebe gewertet, so liegt ihm der Nachweis ob, daß und inwieweit seine Erträge hinter 4 Prozent des Erwerbspreises zurückgeblieben sind."

Die Bestimmung über **Rückzahlung zu viel gezahlter Steuer** (§ 8, Abs. 4) wird durch den Zusatz ergänzt, daß die Rückzahlung bei der verlustbringenden Uebertragung zu erfolgen habe.

In § 3 wird der Absatz 6 eingeschoben:

„Von dem **Veräußerungspreise** kommen in Abzug die von dem Veräußernden übernommenen Lasten und die ihn nachgewiesenermaßen treffenden Kosten der Veräußerung."

Absatz 8 desselben Paragraphen erhält in der Bestimmung über den **Erwerbspreis vom 1. Januar 1895** den Zusatz, daß diesem Preise die unter a bis d aufgeführten Zurechnungen hinzugefügt werden dürfen.

Der steuerfreie Betrag der beim Austausch von Grundstücken gezahlten Ausgleichssumme in § 9 ist von 1000 auf 2000 Mk. erhöht worden.

Der § 10 ist durch Einfügung einer Bestimmung, nach welcher auch im Falle der **Minderung** des Kaufpreises Rückerstattung der Steuer erfolgen soll, ergänzt worden.

Härten, die sich bei Anwendung des § 11 (Uebertragung von ererbten oder geschenkten Grundstücken) ergeben, werden durch eine Uebergangsbestimmung beseitigt.

Aus Schlesien und Posen.

Agitationsbezirk Görlitz.

Sonntag, den 14. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, findet im Hotel „Namenlos" in Görlitz die regelmäßige Quartalssitzung statt. Tagesordnung: Bericht des Sekretärs; Beschlußfassung über eventl. Abhaltung eines Bezirksparteitages, resp. Festsetzung der Tagesordnung zu diesem; Verschiedenes und Anträge der Kreise.

Die Kreise haben das Recht, sich vertreten zu lassen.

J. A.: Herm. Stolpe.

Neueste Nachrichten.

Zwei schöne Siege.

Offenbach a. M., 6. April. Der Streik der Arbeiter in der Metallfabrik von Bom ist nach 18wöchiger Dauer beendet worden. Alle Forderungen der Arbeiter sind bewilligt worden. Es wurde ein Vertrag mit der Organisation der Arbeiter abgeschlossen. Es ist dies der erste Vertrag in der Metallindustrie Offenbachs, der mit der Organisation zustande gekommen ist.

Einen vollen Erfolg errangen ebenfalls die ausständigen Transportarbeiter. Es wurden Lohnzulagen und eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Ein Tarif wurde auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen.

Endgiltiges Wahlresultat.

Helsingfors, 6. April. Nach dem nunmehr vorliegenden endgiltigen Ergebnis der finnischen Landtagswahlen sind gewählt: **80 Sozialdemokraten,** 58 Altfinnen, 25 Jungfinnen, 24 Mitglieder der schwedischen Volkspartei, 11 Agrarier und 2 Mitglieder der christlichen Arbeiterpartei. Von den gewählten 19 Frauen gehören 9 der sozialdemokratischen Partei an.

Antisemitischer Parteitag.

Dresden, 8. April. Der vorgestrige Parteitag der sächsischen Reformpartei erklärte sich gegen die Schiffahrtsabgaben und für die Anbahnung eines mitteleuropäischen Zollbündnisses, Fortführung der sozialen Reformen, besonders für die Förderung der christlichen Gewerkschaften.

Russische Regierungswinkelzüge.

Petersburg, 8. April. Aus zuverlässiger Quelle verlautet von einer bevorstehenden Reise Wittes ins Ausland. Regierungskreise bestreiten, daß Wittes Reise den Abschluß einer Anleihe bezweckt. — In Bureaukratenkreisen wird mit Bestimmtheit behauptet, Finanzminister Kokowczew trete für die Auflösung der Duma ein, intrigiere gegen den Stolypin und habe diesem Mangel an Macht gegen die Duma vorgeworfen. Dadurch sei ein schroffer Brief Stolypins an den Dumapräsidenten Golowin veranlaßt worden. Stolypin hält sich mit der Duma verknüpft und hat wiederholt erklärt, daß er nur auf allerhöchsten Befehl zu einer Auflösung schreiten würde, indem er für sich jede Verantwortung ablehne.

Die echten Russen in Tätigkeit.

Petersburg, 8. April. In der Mordaffäre Jollos ist der Diener des Rechtsanwalts Alexandrow, namens Gorschkow, als Mitwisser verhaftet worden. Die Polizei entdeckte bei einer Haussuchung in einer Seitenstraße des Ismailow-Prospekts ein Lager gebrauchsfertiger Bomben, Dynamit und andere Explosivstoffe, das einer Bande von Expropriateuren gehört.

Streik in der Nahrungsmittelbranche.

Paris, 8. April. Ein Streik aller Arbeiter der Lebensmittelbranche ist gestern beschlossen worden. Der Streik soll nicht nur in Paris, sondern gleichzeitig auch in allen Provinzstädten, in denen die Arbeitervereinigung der Lebensmittelbranche Sektionen hat, an einem bestimmten Tag ausbrechen. Das Datum wird noch geheim gehalten. Doch wird der kommende Donnerstag als Datum für den Beginn des Ausstandes aller Arbeiter in den französischen Nährmittelbetrieben bezeichnet. Für die Verpflegung des Heeres sind Veranstaltungen getroffen worden. Der Maueranschlag des großen Streikkomitees wird heute zu lesen sein. Er wird die Aufforderung an die Bäcker enthalten, am Donnerstag Morgen in der Arbeiterbörse zu erscheinen. In Regierungskreisen glaubt man, der Zentralausschuß überschätze seinen Einfluß; die Führer der Bäcker dagegen behaupten, die Regierung werde, wenn sie sich des vollen Ernstes der Lage erst bewußt geworden ist, im Staatsinteresse Verhaftungen vornehmen lassen.

Frankfurt a. M., 8. April. Im Verlauf eines Streites verletzte der 28jährige Schneider Joseph Kohler den 23 Jahre alten Speisewagenkellner Paul Backner aus Hamburg-Uhlenhorst in der Nacht zum Sonntag so schwere Messerstiche, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb. Der Täter wurde verhaftet.

Düsseldorf, 8. April. Eine wüste Schlägerei hat sich zwischen Italienern und Soldaten in dem niederrheinischen Orte Lintorf abgespielt. Etwa 20 italienische Arbeiter fingen mit auf Urlaub befindlichen Soldaten Streit an, in dessen Verlauf die Fremden mehrere Revolverschüsse auf die Soldaten abfeuerten. Darauf zogen die Soldaten blank und verwundeten 4 Italiener so, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Von der Behörde ist die strengste Untersuchung eingeleitet worden.

Düsseldorf, 8. April. Wie verlautet, werden auch andere tonangebende industrielle Vereinigungen dem Beschluß der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beitreten, der, wie gemeldet, den Gedanken einer Berliner Weltausstellung für 1913 entschieden verworfen hat.

Rom, 8. April. Bei allen italienischen Armeekorps wird ein Disziplinarrat zusammentreten zur Aburteilung der Unteroffiziere, welche kürzlich Protesttelegramme an den Kriegsminister sandten, warum die Anwendung eines ihre Lage verbessernden Gesetzes verzögert werde.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Maurer Robert Krause, ev., Viktoriastr. 78, und Karoline Rudzy, ev., Neuschestr. 84. — Maurer Robert Machill, kath., Fischergasse 12, und Agnes Haschke, kath., Warkotsch, Kreis Strehlen. — Arbeiter Adolf Plönike, ev., Bergstr. 8, und verw. Karoline Soffner, geb. Irmer, ev., Bergstraße 8. — Arbeiter Alois Hanke, kath., Kurzegasse 41, und Marie Fünk, kath., Kurzegasse 41. — Tischler Rudolf Fellner, ev., Vorwerksstr. 61, und Hilda Grüttner, ev., Pöpelwitzstr. 35. — Geschäftsdiener Paul Franke, ev., Weidenstr. 17, und Anna Konrad, ev., Nikolaistr. 24. — Klempner Max Stephan, kath., Friedrich-Karlstr. 29, und Ottilie Reinkober, kath., Gneisenaustraße 3. — Maurer Karl Noeldner, ev., Sandstr. 1, und Emma Reimann, ev., Kaiser Wilhelmstr. 67. — Barbier Franz Schulze, ev., Augustastr. 9, und Elfriede Matzner, ev., Am Rathause 11/12. — Arbeiter Robert Stolle, ev., Hildebrandtstr. 26, und Bertha Berndt, kath., Hildebrandtstr. 26. — Arbeiter August Biste, evang., Märkischestr. 82, und Ida Staller, kath., Berliner Chaussee 174. — Schlosser Hermann Gammert, ev., Schweitzerstr. 11, und Margarete Heller, ev., Leuthenstr. 58. — Schlosser Richard Janietz, kath., Berlinerstraße 45, und Emma Lepach, ev., Berlinerstr. 45. — Kassenbote Alfred Scholz, ev., Tschepinerstr. 5, und Pauline Botor, ev., Tschepinerstr. 5. — Küfer Karl Adolph, ev., Posenerstr. 28, und Elisabeth Kasprzak, ev., Posenerstr. 28. — II. Lokomotivheizer Paul Rubin, kath., Königgrätzerstr. 12, und Gertrud Kuda, ev., Luisenstraße 24. — Schneider Reinhold Marotzke, kath., Sedanstr. 10, und Agnes Schlosser, ev., Bohrauerstr. 75. — Restaurateur Ernst Marquardt, ev., Neue Tauentzienstr. 29, und Emma Roche, ev., Weidenstr. 3. — Städtischer Krankenpfleger Richard Maschel, ev., Einbaumstr. 23/25, und Bertha Dresler, kath., Bahnhofstr. 8. — Maschinist Karl Kinast, ev., Lohestr. 9, und Luise Kalbrenner, ev., hier. — Buchdrucker Robert Preißer, kath., Siebenhufenerstr. 50, und Martha Hoffmann, geb. Mischokolski, kath., Palmstr. 29. — Schmiedemeister Albert Floegel, ev., Rosenthal, und Johanna Kaliner, kath., Goethestr. 78. — Arbeiter Maximilian Kurzbach, ev., Löschstr. 35, und Selma Kraft, ev., hier. — Bauarbeiter Gustav Böhm, kath., Bohrauerstr. 42, und Anna Pelsker, ev., hier. — Holzbildhauer Paul Raebel, kath., Paradiesstr. 13, und Martha Stiller, evang., Friedrichstr. 70. — Tischler Fritz Mohr, ev., Viktoriastr. 59, und Elfriede Köhler, ev., Sedanstr. 13. — Bahnarbeiter Josef Keßler, kath., Brüderstr. 65, und Ida Klein, ev., Fränkelplatz 4. — Bahnarbeiter August Gerbatsch, ev., Hubenstr. 16, und Anna Bräuer, ev., Brunnenstr. 20. — Bauarbeiter Gottfried Bayer, ev., Vorwerkstraße 42, und Bertha Stephan, ev., Goethestr. 54.

Eheschließungen. I. Kaufmann Paul Wagner, kath., Alsenstr. 13, mit Klara Pursche, kath., Gartenstr. 95. — Roßschlächter Karl Winkler, ev., Kurzegasse 66, mit Mathilde Geflitter, kath., Kurzegasse 66. — Diener Gustav Galle, kath., Horscha, Kr. Rothenburg, mit Berta Hahn, kath., Taschenstr. 18. — Bäckermeister Richard Pietsch, ev., Alsenstr. 35, mit Maria Hartmann, kath., Tauentzienstraße 36. — Kaufmann Georg Kunert, ev., Berlin, Steinmetzstr. 36, mit Emma Weise, ev., Leuthenstr. 52. — Schlossermeister Emil Pietzick, kath., Kleine Groschengasse 9, mit Marie Bulik, kath., Weidendamm 3c. — Schneider Karl Kumor, kath., Messergasse 28, mit Anna Morawietz, kath., Messergasse 28. — Lagerist Hermann Langer, ev., Luisenstr. 5, mit Margarete Korneck, ev., Albrechtsstraße 47. — Ofenbauer Fritz Härtel, ev., Kurzegasse 6, mit Elsbeth Doneck, kath., Anderssenstr. 8. — Arbeiter Josef Scholz, kath., Berliner Chaussee 182, mit Pauline Lehmann, kath., Michelwitz, Kreis Strehlen. — Arb. Paul Kaika, ev., Neue Weltgasse 34, mit Martha Niebisch, ev., Matthiasstr. 68. — II. Schlosser Paul Knorr, ev., Feldstr. 10c, mit Martha Bresler, ev., Messergasse 35. — Städt. Laternenwärter Josef Winkler, kath., Brunnenstr. 17, mit Anna Sotta, kath., hier. — Kaufmann Arthur Pietsch, ev., Alexanderstr. 9, mit Else Kallmann, ev., Feldstr. 31b. — Glaser Paul Scholz, kath., Brunnenstr. 28, mit Maria Kunert, kath., Nachodstr. 7. — Kaufmann Arthur Kuschel, kath., Hubenstr. 51, mit Selma Erdner, ev., Neumarkt 32. — Kaufmann Fritz Mehlhose, ev., Paulstr. 11, mit Alice Schander, ev., Brunnenstr. 38. — Haushälter August Dinter, kath., Trebnitzer Chaussee 12, mit Anna Marotzki, kath., Sadowastraße 24. — Haushälter Heinrich Pietsch, ev., Bohrauerstr. 67, mit Bertha Sommerkorn, ev., Zobtenstr. 1.

Todesfälle. II. Kaufmann Walter Poppe, 27 J. — Maschinenstrickerin Anna Berger, 45 J. — Angelika, T. des Eisenbahn-Stellmachers Karl Hoffmann, 2 J. — Fabrikarbeiter Hermann Feige, 55 J. — Pens. Weichensteller Eduard Globisch, 46 J. — Arbeitersfrau Dorothea Mertin, geb. Krause, 64 J. — Oskar, S. des Zuschneiders Thomas Kypta, 6 Mon. — Erbsaßwitwe Rosina Seemann, geb. Jüngling, 77 J. — Arbeiter Rudolf Werner, 31 J. — Fritz, S. des Arbeiters Fritz Kramer, 2 Mon. — Kirchendiener Karl Krause, 56 J. — Lieselotte, T. des Eisenbahn-Praktikanten Friedrich Hinze, 4 Tage. — Maschinenputzerswitwe Franziska Weidlich, geb. Wulke, 60 J. — Pens. städt. Einnehmer August Dobberke, 82 J. — Totengräberswitwe Rosina Adler, geb. Hirsch, 62 J. — Lithographengehilfe Karl Glemnitz, 24 J. — Waffenschmiedwitwe Karoline Wolf, geb. Riekandt, 65 J. — Partikulier Gottlieb Springer, 49 J. Früh. Kutscher Ernst Herrmann, 75 J. — Frieda, T. des Drechslers Oskar Gleis, 1 J.

* * *

Heirats-Ankündigungen. IV. Friseur Alfred Meyer, ev., Augustastr. 50, und Maria Kleindienst, ev., Augustastraße 72. — Antleder Karl Gärtner, kath., Zimmerstr. 8, und Martha Kunert, ev., Zimmerstr. 9. — Bäcker Gustav Hain, ev., Adalbertstraße 9, und Auguste Schwital, ev., Augustastr. 72. — Konfektionär und Zuschneider Robert Rutschke, ev., Rosenthalerstr. 1a, und Ida Kanther, ev., Moritzstraße 46. — Lackierer Karl Lehnhardt, ev., Lechstraße 18, und Maria Scherbaum, evang., ebenda. — Glasschleifer Job Biewweger, kath., Brandenburgerstr. 8, und Klara Hoffmann, ev., Herderstr. 13. — Schriftsetzer Paul Arbeiter, kath., Gottesberg, und Emma Marschel, ev., Siebenhufenerstr. 75. — Arbeiter Georg Bens, ev., Eichenallee 17, und Anna Quecke, kath., ebenda. — Uhrmacher Fritz Ginbel, kath., Gottesberg, und Maria Hamuth, kath., Herderstr. 15. — Tapezierer Alfred Brauner, Dissident, und Marie Graf, Dissidentin, Neue Tauentzienstr. 46. — Stellmacher August Maschke, kath., Gräbschenerstraße 16, und Emma Schiche, kath., ebenda. — Militäranwärter Heinrich Spitzmann, ev., Wallkamp, und Pauline Lämmel, ev., Luisenstr. 31. — Hilfsheizer Reinhold Flechtner, ev., Siebenhufenerstr. 30, und Anna Tausch, ev., Augustastraße 42. — Schneider Heinrich Gade, ev., Nikolaistraße 63b, und Martha Toepelt, kath., Sonnenstr. 14. — Diener Friedrich Nährlich, ev., Hohenlohestraße (Karlowitz), und Berta Stephan, ev., Opitzstraße 1. — Hilfsmonteur Gustav Greinke, ev., Gräbschenerstraße 58, und Anna David, ev., Augustastraße 4. — Arbeiter Paul Grützner, kath., Berliner-Chaussee 13, und Agathe Jaroll, kath., Löschenstr. 27a. — Hilfsschaffner Rudolf Klein, ev., Gabitzstr. 20b, und Selma Weikert, ev., Große Groschengasse 2. — Bahnarbeiter Gustav Walter, ev., Luisenstr. 16, und Martha Steinmann, ev., Brieg. — Lokomotiv-Hilfsheizer Waldemar Gleinich, ev., Brockau, und Martha Hirsch, ev., Brandenburgerstr. 45. — Glaser Kurt Ehrentraut, ev., Gartenstr. 26, und Elfriede Fröhlich, ev., Augustastr. 14.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Montag, den 8. April.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Rich.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	8	SO	4	13	7	Regen
Beuthen O.S.	5	SO 3	5	14	4	Regen
Habelschwerdt	6	S 3	6	13	6	bedeckt
Prsd. Sternw.	—	—	—	—	—	—
Görlitz	6	SW 2	6	11	6	Regen
Grünberg	6	W 2	5	13	5	Regen
Ostrowo	4	S 2	4	13	5	bedeckt

Parteigenossen und -Genossinnen!

Agitiert unausgesetzt für Euer Kampforgan, die „Volkswacht", bemüht Euch auch ohne Unterlass, neue Mitglieder zu gewinnen für die Parteiorganisation, den Sozialdemokratischen Verein.

Bestell-Zettel für die „Volkswacht" und Aufnahmescheine für den Sozialdemokratischen Verein sind in der Expedition der „Volkswacht", im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstrasse 5/6, II, und bei den Distriktsführern zu haben.

Literatur.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). Inhalt vom 14 Heft des vierten Jahrganges: Weltschmerzen; Kalifriede. Vom Bankier Emil Wechsler-Berlin; Trust oder Kartell? Von G. B.; Revue der Presse; Börsenkritik; Propheten; Bankbeamte als Arbeitgeber; Rheinische Kreditbank; Christliche Wirtsvölker; Gedanken über den Geldmarkt. (Abonnements vierteljährlich per Post und Buchhandel 3.50 Mark, direkt vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69, 4 Mark.

Der Weg zum Licht. Ein Weckruf an die deutsche arbeitende Jugend. Von Max Peters. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. Preis 25 Pfg. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, schreibt dazu:

Der Verfasser der Broschüre, selbst noch jugendlicher Arbeiter, ruft in warmen, für die Jugend äußerst verständlich geschriebenen Worten die Jugend — Lehrlinge aller Stände, sowie die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen — auf, sich zu organisieren und durch die Organisation zu befreien von Ausbeutung, Mißhandlung und geistiger Bevormundung. Die Broschüre ist in erster Linie für die Jugendlichen geschrieben; doch auch alle Erwachsenen, die Interesse an der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der Unterdrückung haben, sollten die Broschüre lesen und im Sinne des Aufrufs in ihrem Wirkungskreis agitieren.

Briefkasten.

M. 100. Wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Bohn in Breslau, Matthiasstraße 10.

B., Gottesberg. Verlangen Sie noch einmal Aufklärung; wird sie verweigert, so können Sie dieselbe nicht erzwingen.

B. H., Steinau a. O. Sie sind nicht verpflichtet, sich ein Buch anzuschaffen, in dem Ihnen der Umtausch der Quittungskarten bescheinigt wird.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Gewerkschafts-Kartell.
Vorsitzender: Paul Senk, Schmiedebrücke 12.
Kassierer: R. Peterhansel.

Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden jeden Montag von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 9. April:

Glaser. Mitgliederversammlung Zimmer 5.

Mittwoch, den 10. April:

Maler, Lackierer, Anstreicher. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung im großen Saale.

Steinarbeiter-Verband. Abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

Böttcher. Abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4.

Donnerstag, den 11. April:

Bäcker. Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Zimmer 1.

Sonnabend, den 13. April:

Handschuhmacher. Abends 8½ Uhr: Wichtige Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Sonntag, den 14. April:

Steinarbeiter-Verband. Kassentag Vormittags 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Sand-Distrikt 9 (früher 7).

Montag, den 8. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirke 1, 2, 3, 4 in den bekannten Lokalen.

Bezirk Gabitz. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr: Zahltag bei Lhotta.

Schweidnitz. Wahlverein. Mittwoch, den 10. April, Abends 8 Uhr, im Zeltgarten, Mitgliederversammlung.

Striegau. Gewerkschaftskartell. Dienstag, 9. April, Abends 8 Uhr, in der „Bierquelle" in Gräben: Sitzung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Unser Saalboykott.

Hirschberg. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Dienstag, den 9. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Alten Hoffnung".

Hirschberg. Frauenvortrag. Freitag, den 12. April, Abends 8¼ Uhr im „Berliner Hof", An den Brücken: Vortrag des Predigers Tschirn. Tagesordnung: 1. „Die Religion als Begleiterin durch das menschliche Leben." 2. Diskussion.

Schmiedeberg. Gewerkschafts-Kartell. Sonntag, den 14. April cr., Nachmittags 3½ Uhr: Sitzung im „Schlüssel". Tagesordnung: Maifeier.

Bunzlau. Gewerkschafts-Kartell. Mittwoch, den 10. April, Abends 8 Uhr: Sitzung in der „Hoffnung".

Bunzlau. Oeffentl. Holzarbeiterversammlung. Donnerstag, den 11. April, Abends 8 Uhr im Saale zum „Wintergarten".

Zabrze. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 10. April, Abends 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftslokale Gartenstraße 27. Tagesordnung: 1. Die Bezirkskonferenz für Oberschlesien. 2. Die Maifeier.

Beuthen OS. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5½ Uhr Nachmittags bis 7½ Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Dombrowkaerstraße 8, statt.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G.m.b.H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.
Montag: „Das süße Gift". „Der Vagabund und die Prinzessin". „Liebeshändchen".
Dienstag, abends 7 Uhr: „Der Ring des Nibelungen". [illegible]: Siegfried.

Lobe-Theater.
[illegible]: „Jugdietrichs Brautfahrt". Dienstag: „Husarenfieber".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
[illegible]: „Torquato Tasso". [illegible]: Humboldt-Verein. [illegible]: „Monna Vanna".

Schauspielhaus
Montag, 8 Uhr: „1001 Nacht". Dienstag, 8 Uhr: „Ein ungebrochener Abend". [illegible]: „Sherlock Holmes".

Liebich's Etabl.
Vollständig neues Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
([illegible] Garten).
Gänzlich neues Programm!
12 Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr.
[illegible] Wochentags gültig.

Möbel Spiegel. Polsterwaren
[illegible]
Kein Abzahlungsgeschäft
[illegible]
Preise enorm billig.
[illegible]
Teppiche, Gardinen, [illegible]
F. Pauer, Sandstr. 5.

Feuerversicherung
[illegible] 1744
Ernst Zahn, [illegible] 5, III.

Barbierlehrling
[illegible] Wagner, [illegible] 16. 1735

Hosenmäh. [illegible] Stolper. 1740

Fahrrad [illegible]

[illegible] 1736

[illegible] billige Möbel! [illegible] 30, 50, 70 Mk. [illegible]

Ein eleg. Plüsch-Sofa
zu verkaufen für 35 Mk. [illegible] 13. 809

Ich kaufe gebr. Möbel!
[illegible] Wohler, [illegible] 36.

[illegible] Schröder, [illegible]

Brauchen Sie Leitern und Küchenmöbel?
[illegible]
[illegible] Albert [illegible]

Strohhüte
für Damen, Herren und Kinder
direkt
[illegible] Neue Graupenstraße 11, Part.
[illegible] 1700

Stamm-Seidel.
Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Mikech,
[illegible]

ff. Batavia-Arrak, „ Jamaica-Rum, „ [illegible] Kognaks, „ Punsche u. Tafelliköre
empfiehlt
Edwin Delakon
Breslau, [illegible] 5.
[illegible]
[illegible], Hof, part.

Buchhandlung Volkswacht.
Der [illegible] Jakob, [illegible] 0.70

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Achtung! **Klempner!** Achtung!
Montag, den 8. April cr., abends 8 Uhr, findet im großen Saale der „Skala", Nikolaistr. 27, eine öffentliche
Klempner-Versammlung
statt.
Tages-Ordnung:
Der augenblickliche Stand unserer Lohnbewegung.
Kollegen! Da es sich um Eure wichtigsten Interessen handelt, kann wohl mit Sicherheit auf das Erscheinen aller Klempner Breslaus gerechnet werden. 1741
Die Ortsverwaltung.

Pariser Garten
[illegible], abends von 7—11 Uhr
Grosses Frei-Konzert.
Ausschank von Haase-Bier. 1089

Volksvorstellung 1906/7
(Thalia-Theater).
XI. Vorstellung.
Sonntag, den 14. April 1907
Nachmittags 3½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher
von Otto Ernst.
[illegible]
Zu haben in der Expedition der Volkswacht, [illegible]

Zigaretten-Lehrmädchen
mit [illegible]
für dauernde Beschäftigung [illegible]
Zigaretten-Fabrik Gebrüder Kalpaus
[illegible] 46.

Arbeit und Erziehung
[illegible]
Preis 30 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

[illegible] 16.—18. dieses Monats.
Zeppeliner Geld-Lotterie.
Hauptgewinne: 60 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000, 10 000 Mark bar Geld. 1734
Lose à 3 Mark. Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22, gegenüber dem Schweidnitzer Keller.

Kufeke's Kindermehl
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung.
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

Genossen! kauft Eure Schulbücher, Schreib- und Zeichenmaterial in der Buch- und Papierhandlung von
Fr. Joachim, Hirschstraße Nr. 77,
langjähriges Mitglied des sozialdemokratischen Vereins. 1613

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 1051
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Wichtige Agitations-Literatur.

Ziele und Wege, Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen	—.20
[illegible], Religion ist Privatsache	—.20
Erdmann, Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik	—.30
Dietzgen, Sozialdemokratische Philosophie	—.20
Kautsky, Die Sozialdemokratie und die kath. Kirche	—.30
Rühle, Die Volksschule, wie sie ist	—.30
Rühle, Die Volksschule, wie sie sein soll	—.30
Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten	—.10
Frank, Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation	—.25
August Müller, Gewerkschaften und Unternehmerverbände	—.30
Paul Kampffmeyer, Die Sozialdemokraten im Lichte der Kulturentwicklung, ein Führer durch die sozialistische Literatur	—.50
Unser Kaiser und sein Volk, von einem Schwarzseher	1.50
Das persönliche Regiment, v. Wilhelm Schröder	1.—
Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft	—.15
Waren die Urchristen wirklich Sozialisten?	—.15
Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?	—.20
War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch?	—.15
Dennei, Wider Gottes- und Bibelglauben	—.30
Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie	—.20
Parvus, Die Arbeiterschaft und die Reichstagswahlen	—.30
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat	—.10

Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5/6.

Beilage zu Nr. 82 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 9. April 1907.

Zur Tischleraussperrung.

Seit zwölf Wochen wütet nun die Aussperrung in der Holzindustrie, die von den Unternehmern eingestandenermaßen nur unternommen wurde, um den Deutschen Holzarbeiterverband zu vernichten. Am 12. Januar nahm der Kampf in Berlin seinen Anfang, er dehnte sich bald auf Kiel und Burg aus, wo die Unternehmer unter Vertragsbruch aussperrten. Am 1. April trat eine weitere Verschärfung des Kampfes ein, indem an diesem Zeitpunkt die im Schutzverbund für die Holzindustrie organisierten Unternehmer in Leipzig, Görlitz, Dresden und Halle aussperrten. Wenn man den Unternehmerführern und der Unternehmerpresse glauben will, so ist es dem Schutzverband diesmal ein leichtes, den Holzarbeiterverband schachmatt zu setzen. Daß es aber mit den starken Männern in der Holzindustrie gar nicht so gut steht, daß sie recht viele Sorgen um den Ausgang des Kampfes haben, das zeigt folgendes vertrauliche Rundschreiben einer der beteiligten Unternehmerorganisationen, das uns ein günstiger Wind zugeweht hat:

Rheinisch-Westfälischer Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe,
Ortsgruppe Bochum.
Bochum, den 30. März 1907.

Vertraulich!

Wie Ihnen bekannt geworden, herrscht seit Mitte Januar dieses Jahres in unserem Gewerbe ein erbitterter Lohnkampf, welcher wegen den unerfüllbaren Bedingungen des Holzarbeiterverbandes noch nicht beendigt werden konnte. Die Verhandlungen mit den christlichen Gewerkschaften und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein haben zu einem günstigen Resultate geführt. Der Hauptkampf spielt sich in Berlin ab, woselbst seit Januar dieses Jahres 12,000 Tischlergesellen ausgesperrt sind. Im Anschluß hieran ist der Streik auch in folgenden Städten ausgebrochen, wie zum Beispiel Dresden, Burg bei Magdeburg, Halle, Weißensee, Görlitz, Guben, Oldenburg, Barmen, Spandau, Kiel, Leipzig. In diesen letztgenannten Städten sind die Verhandlungen ebenfalls an dem Beharren des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes bei den unerfüllbaren Forderungen gescheitert und werden wenn bis zum 1. April d. J. die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß nicht gebracht sind, welches unzweifelhaft nicht eintreffen wird, im ganzen weitere 18,000 Gehilfen ausgesperrt, so daß am 1. April 30,000 Gehilfen ausgesperrt sein werden.

Nachdem nun der Bestand der Zentrale für Unterstützungen an die Arbeitgeber verbraucht ist und die von dem Ortsverband Berlin aufgebrachte Summe von 500,000 Mark zur Neige geht, ist es erforderlich, um den Kampf mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband siegreich zu Ende zu führen, daß für neue Mittel gesorgt wird. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Streiks ist noch mindestens eine Summe von 150,000 bis 200,000 Mark erforderlich. Die Zentralverwaltung ersucht nun die Ortsverbände, diese Summe durch freiwillige Gaben zu decken, und gibt uns anheim, auch die Großindustrie um Beiträge zu bitten, da dieselbe doch von der erfolgreichen Durchführung des Streiks unmittelbar Nutzen habe. Auf diese Werbungen sind bereits in Köln und Düsseldorf zusammen mehr als 12,000 Mk. gezeichnet und abgeführt worden. Ein entsprechendes Rundschreiben an die Großindustrie ist seitens des Vorstandes des Ortsverbandes abgesandt worden. Die Zeichnung von freiwilligen Gaben seitens der Mitglieder ist dringend notwendig.

Wir bitten daher um umgehende gefl. Mitteilung, ob Sie zur Zeichnung eines freiwilligen Beitrages bereit sind. Der kleinste Betrag wird dankend angenommen. Die Mitteilungen über eventuelle Zeichnungen von Beiträgen nimmt der Vorstand entgegen, die Namen und Beiträge der Zeichner werden durch unser amtliches Organ „Die Fachzeitung der deutschen Tischlermeister“ bekannt gegeben. Indem auf recht zahlreiche Beteiligung gehofft wird, zeichnet

Mit kollegialischem Gruß
Der Vorstand.
W. Bürger, Vorsitzender.

Das Schriftstück ist in vieler Hinsicht interessant: zunächst fesselt uns die durchaus wahrheitswidrige Schilderung der Veranlassung zu diesem Kampfe und der Entwickelung desselben. Nicht die „unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter“ gaben den Anlaß zur Aussperrung, sondern der Machtdünkel der Unternehmer, die jetzt eine billige Gelegenheit zu haben glaubten, um einer verhaßten Arbeiterorganisation das Lebenslicht auszublasen. Unsere Leser kennen die wirklichen Vorgänge aus unseren laufenden Berichten. Man kann sich nicht gut weiter von der Wahrheit entfernen, wie es die Unternehmer in ihrem oben wiedergegebenen vertraulichen Schreiben getan haben.

Durchaus falsch sind u. a. die zahlenmäßigen Angaben über den Umfang der Aussperrung. In Berlin sind zurzeit nicht 12,000, sondern 5170 Arbeiter ausgesperrt, mit den Vororten zusammen 5784; allerdings betrug die Zahl der Ausgesperrten Anfangs Februar, als der Berliner Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, rund 10,000. In Kiel sind 371, in Burg 130, in Halle 125, in Leipzig 834, in Dresden 249, in Görlitz eher weniger und in Barmen 50 Arbeiter ausgesperrt. Die Zahl der insgesamt ausgesperrten Holzarbeiter übersteigt also zurzeit keineswegs 8000 — und die Unternehmer reden von 30,000.

Richtig sind an dem Rundschreiben wohl nur die Angaben über den finanziellen Zusammenbruch des Schutzverbandes für die Holzindustrie, der Scharfmacherorganisation. Man höre: der Schutzverband hat schon jetzt sein ganzes Vermögen und dazu **Anleihegelder im Betrag von 500,000 Mark** aufgebraucht, und er muß jetzt bei allen Scharfmacherverbänden den Bettelsack schwingen — nach Aeußerungen seiner Führer in Dresden braucht er noch **rund 1 Million**, um die aussperrungswütigen Unternehmer vor dem Bankerott zu retten.

Vor Tische las man's anders. Da erklärte Herr Rahardt, der Leiter des Schutzverbandes, in einer Versammlung in Berlin, selbst wenn der Holzarbeiterverband große Darlehen bei anderen Verbänden aufnehme, wäre der Kampf in sechs Wochen zu Ende. Und vorige Woche versicherten die Unternehmer in den Schutzverbandsversammlungen in Dresden und Leipzig auf Ehre und Gewissen, der Holzarbeiterverband habe 800,000 Mark Schulden. Tatsächlich hat der Holzarbeiterverband diesen Kampf, der schon 12 Wochen währt und 1,800,000 Mark Kosten verursacht hat, aus eigenen Kräften führen können und er hat, wie jeder Unternehmer bei dem Bankinstitut des Verbandes erfragen kann, noch so viel Kapitalien zur Verfügung, um diesen Kampf auch weiter aus eigenen Mitteln führen zu können. Allerdings war das nur möglich infolge der großen Opferwilligkeit seiner Mitglieder. Aber freudig und wie selbstverständlich haben die Holzarbeiter sich freiwillig große Opfer auferlegt, um nicht nur jetzt die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes aufzubringen, sondern auch über diesen Kampf hinaus den Verband finanzkräftig zu erhalten. Und die deutschen Holzarbeiter werden auch weiter ihr Aeußerstes tun, um diesen ihnen von den Unternehmern frivol aufgenötigten Kampf siegreich durchzuführen.

9. Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Köln, 5. April 1907.

Vierter Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Die Reise-Unterstützung soll auf eine Mark pro Tag und während der ganzen Periode auf 40 Mark erhöht werden.

Es liegen Anträge vor, die Streikunterstützung vom ersten Tage an zu zahlen. Auch wird beantragt, die Krankenunterstützung auch im Winter zu gewähren.

Bömelburg macht längere Ausführungen dazu und warnt vor grundlegenden Aenderungen der jetzt geltenden Bestimmungen. Wohl sei der Vorstand der Ansicht, daß die Krankenunterstützung von 12 auf 25 Wochen erhöht werden müsse, obgleich dies eine Mehrausgabe von zirka 30,000 Mark ausmachen würde. Aber dies sei auch alles, was man ändern könne, denn die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften müßten eine bestimmte Grenze einhalten. — Eine lebhafte Diskussion entspinnt sich über diese Angelegenheit.

Alle Anträge auf Aenderung des Statutenreglements werden abgelehnt, dagegen wird dem Vorstand der Auftrag erteilt, Erörterung zu pflegen, ob es möglich ist, die Familien der Abgereisten zu unterstützen.

Für Gemaßregelte wird die Unterstützung pro Tag um 50 Pfg. erhöht. Der Vorsitzende warnt die Kollegen bei dieser Gelegenheit, nicht jede Uneinigkeit und Entlassung als Maßregelung anzusehen und die Kasse bei jeder Gelegenheit zu belasten.

Gegen 30 Stimmen wird beschlossen, die Kranken-Unterstützung auf 25 Wochen auszudehnen.

Zur Erwerbung der Ehrenmitgliedschaft soll künftig erst eine 15jährige Mitgliedschaft notwendig sein.

Dähne, Vorsitzender des Ausschusses, referiert über die Erledigung des ihm vom vorigen Verbandstag geworbenen Auftrages betreffs Gehaltregulierung. Bisher waren 104 Kollegen als Beamte tätig, davon hatten 15 ein Gehalt von monatlich 200 Mark, 39 ein solches von 150 Mark, weitere 31 Beamten erhielten ein solches von 150—200 Mark, 18 hatten ein Gehalt von 125—150 Mark.

Referent begründet in längeren Ausführungen die vorgelegte Vorlage. Danach kommen drei Gruppen von Angestellten für den Verband in Betracht: a) Zentralverwaltung (Vorstandsmitglieder und Redakteure), b) Gauverwaltung (Gauvorsitzende usw.), c) Zweigvereinsverwaltung (Zweigvereinsangestellte usw.).

Für Gruppe a) soll das Anfangsgehalt 2200 Mark betragen, steigend von zwei zu zwei Jahren um 200 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark; außerdem soll dem ersten Vorsitzenden und dem Redakteur jährlich 300 Mark Zulage gewährt werden.

In Gruppe b) Anfangsgehalt 2040 Mark, steigend von zwei zu zwei Jahren um 115 Mark bis zum Höchstgehalt von 2500 Mark; außerdem Gewährung einer jährlichen Ortszulage in Abstufungen von 100 bis 300 Mark.

Die Zuteilung der einzelnen Gaue in die drei Klassen erfolgt durch den Verbandsvorstand und Ausschuß nach Anhörung der Gaukonferenzen. Das Gehalt der Ortsbeamten soll 10 Prozent mehr betragen, als der am Orte übliche Lohn, mindestens jedoch jährlich 1500 Mark. Hilfsarbeiter sollen den am Orte üblichen Lohn erhalten. Ferner verlangt die Vorlage jährlich zwei Wochen Urlaub für alle Beamten. Auch soll das Gehalt während der Zeit der im Interesse des Verbandes zu verbüßenden Haft weiter bezahlt werden. Bei Krankheit soll das Gehalt auf die Dauer von drei Monaten unter Anrechnung des Krankengeldes weiter bezahlt werden. An Beiträgen für die Versicherung der Beamten zahlt der Verband an die Krankenkasse ein Drittel, an die staatliche Invalidenversicherung die Hälfte, an die Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten die Hälfte.

Die Diskussion zeitigt eine erregte Debatte, die manch humoristische Wendung bringt, und mit wenig Ausnahmen recht kleinliche Gesichtspunkte zu Tage fördert.

Nachdem zirka ein Dutzend Kollegen dazu gesprochen, nimmt Bömelburg das Wort zu dieser Materie. In seiner packenden Redeweise zeichnet Redner ein Bild der Situation. Er betont, daß bei Beratung von Gehaltsfragen meist recht niedrige Leidenschaften zum Ausdruck kommen. Wohl sei es eine Ehre, Vorsitzender des Deutschen Maurer-Verbandes zu sein, eine Ehre, die er nicht für eine besser bezahlte Stelle aufgeben möchte, aber die Ehre sei nicht in bare Münze umzusetzen, und diese gebrauche man doch zu seiner Existenz, und ebenso sei es mit den anderen Beamten.

Hierauf wird die Vorlage an eine siebengliedrige Kommission zur nochmaligen Prüfung überwiesen. Der heutige Sitzungstag wird durch eine Abendsitzung verlängert, über die wir morgen berichten.

Erklärung der Sozialdemokratischen Dumafraktion in der Agrarfrage.

Bei der Beratung der Agrarfrage in der Reichsduma, die am 1. April begonnen wurde, hat die sozialdemokratische Fraktion der Dumakommission als Material zur Ausarbeitung der Agrarfrage folgende Deklaration überreicht:

„Wir, zur sozialdemokratischen Fraktion gehörenden Mitglieder der Reichsduma finden, daß zur Erleichterung der Lage der Ackerbaubevölkerung Rußlands folgende Maßregeln getroffen werden müssen:

1. Aufhebung aller Beschränkungen gegen die Bauern in der freien Verfügung über ihren Grundbesitz, sofern diese Beschränkungen aus der Standesabsonderung der Bauern hervorgegangen sind. Da außer dem Bauernkleingrundbesitz auch noch andere Formen des Grundbesitzes bleiben werden (städtische Ländereien, Grundstücke der Städter und Dorfbewohner usw.), so können die Beschränkungen in der freien Verfügung über den Bauerngrundbesitz sich nur in denselben Formen äußern, wie die Beschränkungen gegen die sonstigen Eigner und die Genossenschaften aus solchen, und nur im öffentlichen Interesse.

Zahlabend des Sozialdemokrat. Vereins Breslau Heute, Montag, 8. April, abends 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

Das Kind als Plastiker.

Ueber dieses Thema wurde dieser Tage vom Bildhauer Reimann in Berlin ein hochinteressanter Vortrag gehalten. Von dem Zusammenhang zwischen Kind und Kunst ausgehend, plädierte er dafür, daß die künstlerische Erziehung im Kindesleben einsetzen, das künstlerische Sehen in der Kindheit erlernt und geübt werden müsse. Ein treffliches Mittel zur freien Entfaltung der kindlichen Individualität ist das Spiel. Möglichst ungehindert soll das Kind dabei seiner Neigung folgen. Sehr früh zeigt sich der plastische Trieb des Kindes im Sandschaufeln und Graben. Ein Ersatz dafür ist das Modellieren mit weichem, knetbarem Material, mit Plastilina. Für alle Kinder ist das Modellieren als Ausdrucksmittel erlernbar, in jedem Kinde steckt ein Stückchen natürlicher Bildner, und es hat einen frischen Wagemut, der dem Erwachsenen völlig abgeht. Aber es muß eine freie Betätigung sein, kein Unterricht, denn nicht Künstler sollen erzogen werden, sondern nur Menschen, die richtig sehen und die Natur liebevoll erfassen lernen. Beim Modellierspiel zeigt sich die plastische Begabung der Kinder. Ihre Phantasie entwickelt sich ebenso wie die Beobachtungsgabe, und sie offenbaren, [illegible] Bildhauer Reimann, der in seinem Atelier an den Sonntag-Vormittagen eine plastische Spielstunde unterhält, führte etwa hundert Erzeugnisse des kindlichen Darstellungstriebes in Lichtbildern vor und erläuterte dabei die Fülle von Komik, kindlicher Beobachtung [illegible] die dabei zu Tage [illegible]. Es ist oft ganz erstaunlich, [illegible] wie ein Kind denkt, wie rasch eine Sicherheit der Beobachtung und eine handwerkliche Geschicklichkeit sich entwickelt. [illegible] spielen mit Tieren voll köstlichem Humor [illegible] über. Die Kinder arbeiten nicht etwa nach Vorbildern, sondern sie müssen aus dem Gedächtnis schaffen oder nach Beobachtung an lebenden Modellen. Bei begabten Kindern entstehen mit der Zeit Dinge, die man fast als Kunstwerke bezeichnen kann. Weit wichtiger noch als diese Handgeschicklichkeit ist aber die Erweckung des Natursinnes im Kinde, denn durch das Beobachten, das Sehenlernen, tritt es in eine innige Beziehung zur Natur, es lernt ihre Erscheinungen, wie Tiere und Pflanzen, kennen und lieben. Das plastische Spiel ist daher so recht eine Aufgabe fürs Haus. Mütter sollten das Modellieren erlernen und ihre Kinder dazu anleiten. Es ist so viel Schöpferisches im Kinde, und nur durch unsere einseitige Verstandes-Unterweisung bringen wir die guten Anlagen zum Eintrocknen und erziehen kindliche, unbeholfene Menschen, an Stelle von freien, voll entwickelten Persönlichkeiten, die die Natur lieben, weil sie für ihre Erscheinungen Blick und Verständnis haben.

Aus aller Welt.

Wohnungsnot als Ursache zum Selbstmord. Eine furchtbare Sprache redet eine trockene Selbstmordnotiz, die wir im Polizeibericht der Mannheimer Blätter finden. Die kurze Notiz hat folgenden Wortlaut: „Der 41 Jahre alte verheiratete Glaser Alois Mairon, wohnhaft Traitteurstraße 57 hier, erhängte sich gestern Nachmittag 4 Uhr auf der Friesenheimer Insel, weil ihm nach einem an ihn ergangenen Schreiben die Wohnung gekündigt wurde und er keine andere fand. Der Verlebte hinterläßt 7 unversorgte Kinder.“ Die Ausstellung hat die Wohnungsnot noch in empfindlicher Weise gesteigert, denn viele Hausbesitzer haben ihren Mietern, [illegible] langjährigen Mietern gekündigt und die Häuser an Hotels verpachtet.“ Und trotzdem wagen die Hausagrarier noch immer zu behaupten, daß ein Mangel an Arbeiterwohnungen nicht vorhanden ist. Und das ist nicht bloß in Mannheim so, sondern auch anderwärts.

Attentat auf einen Eisenbahnzug. Ein [illegible] Attentat auf den Abendschnellzug Kottbus-Halle wurde [illegible] in der Nähe der Station [illegible] verübt. [illegible] großen Steinen gegen den Schnellzug. Der Lokomotivführer [illegible] erhebliche Verletzungen am Kopfe [illegible] mußte in Falkenberg die Fahrt unterbrechen, um ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Außerdem wurde ein Reisender leicht verletzt, auch gingen die Fensterscheiben mehrerer Abteile in Trümmer. Obwohl der Zug durch Ziehen der Notbremse sofort zum Stehen gebracht wurde, waren die Frevler inzwischen in der Dunkelheit bereits entkommen.

Von einem Gendarmen erschossen. In Osterfeld bei Weißenfels wurde der Bergmann Redlich, der verhaftet werden sollte, von einem Gendarmen erschossen. Redlich widersetzte sich seiner Festnahme und wurde hierin von einem Kameraden unterstützt. Als beide ein Steinbombardement auf den Beamten eröffneten, gab dieser mit seiner Dienstwaffe drei Schüsse ab, durch die Redlich sofort getötet wurde.

Die Bluttat eines Zwölfjährigen. Der 12 Jahre alte Sohn des Polizeidieners [illegible] in Herzfeld bei Soest machte sich dieser Tage an einem Fischnetz in der Lippe zu schaffen, das dem 17 Jahre alten Knecht Wulf gehörte. Als dieser den Knaben vertrieb, stieß der letztere aus Aerger hierüber dem Knecht das Taschenmesser in den Unterleib. Der Verletzte, dem die Schlagader durchschnitten worden war, konnte sich noch bis zu der in der Nähe gelegenen Wohnung seines Dienstherrn schleppen, wo er in Gegenwart seines auf Besuch gekommenen Vaters tot zusammenbrach.

Entsetzlicher Tod. Auf entsetzliche Weise kam der Rentner Broich im [illegible] zu Tode. Durch die Unvorsichtigkeit einiger Kinder war ein Waldbrand entstanden, der auf die Parzellen seines Bruders überzuspringen drohte. Broich schickte sich an, die Flammen zu bekämpfen, als er einen Ohnmachtsanfall erlitt und in die Glut stürzte. Broichs vollständig verkohlte Leiche wurde später auf der Brandstätte vorgefunden.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und schwer verletzt. Aus Halle a. S. wird berichtet: [illegible] des Mühlenbesitzers [illegible]. Der Zustand der Geschädigten ist hoffnungslos.

Waldbrände. Von allen Seiten werden größere Waldbrände gemeldet. [illegible] wurden verschiedene Ortschaften gefährdet. Man legt fahrlässige Brandstiftung durch Kinder, [illegible] oder Waldarbeiter zur Last.

2. Enteignung ohne Loskauf der Kirchen-, Kloster-, Apanage- und Kabinettsländereien und Uebergabe derselben, ebenso wie der Kronländereien, an die Großorgane der örtlichen Selbstverwaltung. Da ein großer Teil der Apanage-, Kabinetts- und Kronländereien noch nicht besiedelt ist und daher aus denselben ein Landfonds für Auswanderer geschaffen werden kann, so müssen die von der örtlichen Bevölkerung noch nicht besetzten Landstücke, ebenso wie die Wälder und Gewässer, die eine allgemein staatliche Bedeutung haben, im Besitze des demokratischen Staats belassen werden.

3. Auf derselben Grundlage, das heißt ohne Loskauf, müssen die Privatländereien — außer dem Kleingrundbesitz oder den Anteilgrundstücken — enteignet und der demokratischen örtlichen Selbstverwaltung übergeben werden, wobei die auf Grund der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmungen gewählten Organe der örtlichen Selbstverwaltung auch die Frage zu entscheiden haben, über welchen Betrag hinaus die Landstücke in jedem Gebiet der Konfiszierung unterliegen.

4. Dieselben Organe der örtlichen Selbstverwaltung werden auch die Frage zu entscheiden haben, in welcher Weise die Bevölkerung von den Ländereien, die in die allgemeine Nutznießung übergegangen sind, Gebrauch zu machen hat.

5. Die rechtliche Gleichstellung aller Bürger und die Aufhebung der Stände und der Fesselung an dieselben geben an sich selbst jedem Bürger das Recht, sich an einem beliebigen Orte niederzulassen, an der Tätigkeit der örtlichen Selbstverwaltungsorgane, und somit an der freien Verfügung über die zur Selbstverwaltung gehörenden Landstücke und an der Bestimmung der Bedingungen zur Benutzung derselben teilzunehmen.

Indem die sozialdemokratische Fraktion obiges als Grundlage der Agrarreform vorschlägt, erachtet sie es als notwendig, daß die Landfrage von der Bevölkerung selbst vorher an Ort und Stelle durch Vermittelung örtlicher, von der ganzen Bevölkerung gewählter Komitees zur Erörterung gebracht werde.

Die Frage der Behandlung des Kleingrundbesitzes, die in Deutschland und anderen sozialistischen Ländern zu langwierigen Debatten Anlaß gegeben hat, ist von den russischen Genossen unterdessen zu Gunsten des Bestehenlassens dieser Form des Privatbesitzes beantwortet worden.

Partei-Angelegenheiten.

Aus der Lebensgeschichte des verstorbenen Genossen Hermann Grimpe in Elberfeld finden wir in der Parteipresse noch folgende Angaben: 1855 war er in Berlin geboren, kam in jungen Jahren zur Partei und gehörte der Eisenacher Richtung an. Als erster geborener Berliner wurde er unter dem Sozialistengesetz aus Berlin ausgewiesen, arbeitete in seinem Berufe als Tischlergeselle mehrere Jahre in Paris und kehrte noch während des Sozialistengesetzes nach Deutschland zurück, um auf Veranlassung Parteivorstandes die Leitung der „Freien Presse“ in Elberfeld zu übernehmen. In zwei große Geheimbundprozesse 1881 und 1889 war Grimpe verwickelt. Ueber 20 Monate Gefängnis hat ihm im ganzen seine Parteitätigkeit eingetragen, daneben aber auch die Liebe und Verehrung der Arbeiterschaft, die ihn 1890 und seitdem bei jeder Wahl im Düsseldorfer Wahlkreise als Reichstagskandidaten aufstellte. Seine Sehnsucht, den Kreis der Partei zu erobern, ist ihm nicht erfüllt worden, aber mit dem nicht minder tröstenden Bewußtsein konnte er scheiden, daß er einen guten Kampf gekämpft sein Leben lang!

Nummer Eins! Der Magdeburger Parteileitung wurde, dem alten preußischen Polizeibrauch getreu, der Maifestzug auch in diesem Jahre verboten.

Das Vorbild einer ländlichen Wahlkreis-Organisation. Vom Zentralwahlverein Ost-Prignitz liegt der Jahresbericht vor. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 31. März 1907, also auf 1¼ Jahre. Der Bericht zeigt, daß, wenn auch unter schwerer, mühevoller, so doch erfolgreicher Arbeit die Parteibewegung im Kreise ein gut Stück vorwärts gekommen ist.

Die Ost-Prignitz ist rein ländlich. Industrie ist fast gar nicht vorhanden. Von den drei Städten des Kreises haben die beiden größten eine Einwohnerzahl von je 7500, die kleinste 3600 und die letzte 1800.

Die Genossen der Gewerkschaften wissen ein [illegible] über die schwierige Beackerung dieses Feldes zu singen. Die politische Organisation wurde mit bäuerlich-ländlichem [illegible] [illegible], und wenn auch mit Mißtrauen, wurden [illegible], die sich offen als Mitglieder der Wahlvereine bekannten, gemaßregelt und verfolgt.

Es genügte schon, wenn irgend ein Arbeiter die „[illegible]“ las, um ihn unter Drohungen zu bewegen, mit der Partei zu brechen. Trotzdem hat die Zahl der bewußten organisierten Genossen die Zahl der Angehörigen der Gewerkschaftsorganisationen überflügelt.

[illegible]

Sport und Kritik Wahlvereine zu gründen, die ihre Angelegenheiten, Kleinarbeit für Organisation und Presse, trotz der Anfeindungen der Gegner selbst weiterführen werden.

Die Zahl der organisierten Genossen betrug am 31. März 1907 170, von denen 63 bereits Leser der „Brandenburger Zeitung“ sind. Etwa 160 Gewerkschaftsmitglieder sind im ganzen Kreise vorhanden. An der für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmenzahl gemessen beträgt die Stärke der Organisation über 11 Prozent.

Der Kassenbericht balanziert in der Höhe von 2278.83 Mk. Einnahme, von welcher Summe die Genossen des Kreises etwa 300 Mark selbst aufbrachten, und einer Ausgabe von 2228.26 Mark, so daß ein Kassenbestand von 50.57 Mark verbleibt.

Es gibt in Schlesien eine ganze Reihe von Wahlkreisen, die aus dem Ost-Prignitzer Beispiel Mut und Eifer für ihre eigene Arbeit schöpfen können.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung christlicher Gewerkschaftsführer wurde am Dienstag Genosse Meerfeld von der „Rheinischen Zeitung“ vom Schöffengericht Köln zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Beleidigung eines Vikars wurde Genosse Metze vom „Norddeutschen Volksblatt“ zu Bant-Wilhelmshaven zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein neuer sozialdemokratischer Volkspark. Wie in Leipzig, Dresden und anderen Städten haben sich auch in Halle die Genossen an die Errichtung eines eigenen Heims, des Volksparks, gemacht, der in etwa einem Vierteljahr dem Betrieb übergeben werden soll. Die Verwaltung des Volksparks, der in dem 8000 Quadratmeter umfassenden und für 125,000 Mk. angekauften Tinzer Garten errichtet wird, soll nach einem von den Hallischen Genossen gefaßten Beschluß einer offenen Handelsgesellschaft übertragen, die Bewirtung in eigene Regie übernommen werden. Um das Unternehmen finanziell möglichst selbständig zu machen, sollen Anteilscheine in Höhe von 10 Mark an die Parteigenossen verausgabt werden.

Eine sozialdemokratische Zeitung auf Island. Die sozialdemokratische Bewegung ist nun auch nach Island gelangt und scheint dort recht gute Fortschritte zu machen. Anfang des Jahres 1906 wurde ein sozialdemokratisches Blatt gegründet, das allerdings nur in längeren Zwischenräumen erschien. Seit Neujahr erscheint es jedoch als Wochenblatt. Der Redakteur ist Genosse Petur G. Gudmundsson in Reykjavik, der isländischen Hauptstadt. Wie dieser unserem Kopenhagener Bruderorgan mitteilt, hat es im ersten Jahre viel Mühe und Opfer gekostet, das Blatt aufrecht zu erhalten. Jetzt ist aber die schwerste Zeit überstanden und die Zukunft des Blattes scheint gesichert.

Arbeiterbewegung.

Eine neue Paarung in Sicht. Das Erwachen der Natur scheint auch bei den „gelben“ Gewerkschaften, einer von Unternehmern gegründeten Arbeitswilligen-Organisation, nicht spurlos vorübergehen zu sollen. Wenigstens deutet eine kurze Notiz in dem offiziellen Organ der gelben Gewerkschaften darauf hin. Der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hat in einer kürzlich angenommenen Resolution zwar ausdrücklich betont, daß er die gelben Gewerkschaften als Konkurrenz-Unternehmen betrachtet, ihnen die Existenz abspricht und demzufolge [illegible] wie die freien Gewerkschaften.

[illegible]

Die Verschmelzung des Verbandes der Hoteldiener mit dem Verbande der Gastwirtsgehilfen [illegible]

Zwei neue Scharfmacherverbände haben sich vor kurzem wieder in Berlin gebildet. Der eine in der Damenhutbranche, der andere in der Herren- und Knaben-Konfektion. Beide sollen ein Gegengewicht gegen die Arbeiter-Organisationen sein und bezwecken, „mutwilligen“ Streiks durch geeignete Abwehrmaßregeln vorzubeugen. — Die Arbeiter der betreffenden Berufe haben nunmehr die Pflicht, sich um so fester zusammenzuschließen.

an die Generalkommission zurück, der dann einstimmig beschlossen wurde.

Vorsicht, Arbeitslose! Einige Arbeitsvermittelungsagenten suchen in der letzten Zeit durch Annoncen in der bürgerlichen Presse und durch persönliche Werbung u. a. junge Männer als Fahrer und Schaffner für die Essener Straßenbahn zu engagieren. Soviel uns bekannt ist, steht zwar für Essen keine Straßeneisenbahnerbewegung in Aussicht; dennoch möchten wir den Arbeitsuchenden dringend raten, auf die Versprechungen der Agenten nicht hineinzufallen. Der Betrieb der Essener Straßenbahn ist ein Taubenschlag, bei dem die Mehrzahl der Angestellten es nur kurze Zeit auszuhalten vermag. Zudem reicht das gebotene Anfangsgehalt von 1200 Mark pro Jahr für die äußerst teure Lebensunterhaltung des westfälischen Industriegebietes in keiner Weise zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Also, Vorsicht!

Streik in der Maschinenfabrik Buckau. Am Freitag Vormittag haben 80 Kesselschmiede, Nieter, Stemmer, Arbeiter usw. der Kesselschmiederei der Maschinenfabrik Buckau, Abteilung Sudenberg, die Arbeit niedergelegt.

Die braven Hirsche. Den Holzindustriellen Leipzigs gelang es, wie von dort gemeldet wird, mit der Hirsch-Dunckerschen Organisation einen Tarifvertrag bis 1910 abzuschließen.

Achtung, Metallarbeiter! Die Arbeiter der Firma Seidel u. Naumann in Dresden sind in den Ausstand getreten. Von etwa 2200 Beschäftigten sind etwa 1500 bis jetzt ausständig. Die „Gelben“ sind natürlich stehen geblieben. Unter den anderen bis jetzt noch Arbeitswilligen befinden sich eine große Anzahl jugendlicher Arbeiter.

Streik der Tabakarbeiter in Nantes. 900 Tabakarbeiter haben sich mit etwa hundert anderen Arbeitern, die eine Lohnerhöhung verlangten, solidarisch erklärt und sind in den Ausstand getreten.

Der drohende Ausstand der Kristallglasschleifer im Isergebirge ist verhindert worden. Nach längeren Verhandlungen bewilligten die Unternehmer Lohnzulagen und zogen die erlassenen Kündigungen zurück. Die Zulage beträgt durchschnittlich 20 Prozent.

Der Streik der Wiener Bäcker geht zu Ende. Nach mehrmaligen Verhandlungen der beteiligten Organisationen, gegen die sich die Unternehmer anfangs mit Händen und Füßen wehrten, ist nun doch eine Einigung erzielt worden, die die Beendigung des Streiks zur Folge haben dürfte. Es wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2½ Kronen und eine Arbeitszeit von 10 Stunden erzielt. Ferner wurde ein Tarifvertrag mit 4jähriger Dauer festgesetzt. Falls die Organisation diesen Vorschlägen zustimmt, so soll die Arbeit in der Nacht zum Montag wieder aufgenommen werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. April.

Geschichtskalender.

8. April.

1835 Der Staatsmann und Gelehrte Wilhelm von Humboldt in Tegel bei Berlin †.

1867 Roßmäßler, der Demokrat und Naturforscher, in Leipzig †.

*** Der beleidigte Staatsanwalt.** Im November war durch oberschlesische Blätter und auch durch hiesige Zeitungen eine Notiz gegangen, wonach der Staatsanwalt Dr. Strahler aus Gleiwitz in der Nacht vom 17. Oktober bei einem Renkontre auf der Straße in Königshütte, weil er angeblich mehrere jüdische Damen belästigt haben sollte, von dem Ziegeleibesitzer Grünberg aus Königshütte geohrfeigt worden sei. Diese Nachricht war der „Volkswacht“ auch von einem ihrer gewissenhaftesten oberschlesischen Berichterstatter zugegangen, und wir trugen deshalb, weil die Notiz ja unwidersprochen durch die Presse gegangen war, keinerlei Bedenken, ihr ebenfalls Aufnahme zu gewähren. Nachdem inzwischen wegen dieser Sache der Ziegeleibesitzer Grünberg zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt worden war, hatte auf Veranlassung der Oberstaatsanwaltschaft Dr. Strahler auch gegen den Genossen Theodor Müller, als damaligen Verantwortlichen unseres Blattes, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt. In dem „Eine böse Geschichte“ überschriebenen Artikel, der in Nr. 275 vom 25. November 1906 erschienen war, hatten es dem Herrn Doktor vor allem die Redewendungen „ein leibhaftiger Staatsanwalt“, „er stieg den jungen Mädchen nach“ und „der abenteuerlüsterne, aber unvorsichtige Gesetzeswächter“ angetan.

Die Verhandlung fand am vorigen Sonnabend vor der ersten Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Billing statt. Nicht weniger als vierzehn Zeugen, der Staatsanwalt, mehrere Amtsrichter und sonstige Juristen, die drei in Frage kommenden Damen und deren Begleiter in der kritischen Nacht waren geladen. Genosse Müller war aus der Kleinkleiner Sommerfrische, in der er sich noch bis zum 19. April erholen darf, zur Wahrnehmung der Verhandlung auf zwölf Stunden beurlaubt worden und deshalb ohne die sonst bei Strafgefangenen übliche uniformierte Begleitung erschienen. Die Beweisaufnahme ergab, daß in jener Oktobernacht ein Kreis von Juristen aus dem Industrierevier wacker bei einer [illegible] Feier die Verlobung eines ihrer Kollegen gefeiert hatten, unter ihnen auch der Staatsanwalt Doktor Strahler. Die Herren befanden sich in sogenannter „animierter“ Stimmung, als sie zu später Abendstunde aufbrachen, um noch ein Café aufzusuchen. Auf der Straße begegneten sie nun mehreren jungen Damen, die in Begleitung zweier Studenten und des vorhin erwähnten Ziegeleibesitzers Grünberg von einem bei diesem abgehaltenen Gesellschaftsabend kamen und auf dem Nachhausewege begriffen waren. Im Vorübergehen glaubten die Studenten bemerkt zu haben, daß ihre Damen von dem Dr. Strahler und einem der andern gemustert, in der Studentensprache „fixiert“ wurden, was in solchen Situationen mit Recht als eine schwere Belästigung und Beleidigung gilt. Auch sollen im Vorübergehen von Herrn Strahler oder seinem Begleiter Worte gefallen sein, die sich in beleidigender Form auf die Damen bezogen, aber beim Vorübergehen nicht mehr verstanden wurden. Nur Herr Grünberg hatte Eindruck, daß sie etwas gelacht haben. Wir wollen den Judenmädchen nachgehen. Er konnte aber diese Behauptung später und in der Verhandlung nicht aufrecht erhalten, die anderen hatten sie nicht gehört. Dr. Strahler aber und seine Freunde bestritten entschieden, daß überhaupt eine Aeußerung gefallen sei, [illegible] gefallen sein könne. Die Studenten waren nun dem Staatsanwalt

Von einem Schutzmann angeschossen. Ein schwerer Fall, bei dem ein [illegible] von einem Schutzmann durch den Leib geschossen wurde, ereignete sich in Westend. Ein Krawall unruhiger Leute hatte in der Nacht zum Sonnabend einen großen Lärm vollführt. Als ein Schutzmann zu ihrer Verhaftung schreiten wollte, setzten sich dieselben zur Wehr und griffen den Beamten tätlich an. Der Beamte machte nun von seiner Waffe Gebrauch und schoß [illegible] [illegible] der Schuß traf [illegible] die Kugel durch den Leib [illegible]. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht und [illegible]. Der Zustand des Verletzten ist bedenklich. Der Anführer der [illegible] ist bereits verhaftet.

Beim Küsserchen erstickt. In Berlin ist ein Kraftwagenführer beim [illegible] erstickt. Der Vorgang ist noch nicht genau aufgeklärt, doch scheint es sehr wahrscheinlich, daß S. um den Frauen, in [illegible], nach alter Gewohnheit Küsse ab, und daß ihm dabei ein Kern in die Speiseröhre geriet, an dem er erstickt ist. In seiner Stimme rannte S. im ganzen Haus herum und rief, soweit er sich noch verständlich machen konnte „Ich ersticke!“ Dann sank er bewußtlos nieder. Als ein Arzt kam, war er bereits tot.

Explosion auf einem Schleppdampfer. Auf dem [illegible] bei [illegible] hat sich Sonnabend Nachmittag gegen 5 Uhr ein schwerwiegender Unfall ereignet. [illegible] Der [illegible] war so gewaltig, daß der Schiffsführer über Bord [illegible] wurde, wobei er mit dem Kopf gegen einen Pfahl anschlug. Der Tod trat auf der Stelle ein. [illegible]

Zerkorn Häuser und Brücken. Ein Orkan hat, wie aus New York gemeldet wird, die Städte [illegible] im Staate [illegible] verheert, wobei 25 Personen ums Leben kamen und 150 verletzt wurden. Ferner wurden über 100 Häuser durch die Gewalt des Sturmes demoliert.

Kleine Chronik. Der Hamburger Dampfer „Prinz Bengal“ [illegible] auf der [illegible]. Der Schiffsboden ist an mehreren Stellen gebrochen. Der Dampfer „Maria Bengal“ ging von [illegible] zur Hilfe ab. — [illegible] [illegible] — [illegible] [illegible] — [illegible]

Der Bergsturz am Salzkammergut. [illegible]

und seinem Begleiter gefolgt, um ihn zur Rede zu stellen. Es entstand ein kurzer Wortwechsel, den der Herr Staatsanwalt mit den barschen Worten beenden wollte: „Was wollen Sie, scheren Sie sich weg.“ Als er dieselben Worte dann auch gegen Herrn Grünberg brauchte, versetzte ihm dieser zwei Ohrfeigen. Sofort angestellte Vermittelungsbemühungen waren erfolglos geblieben, und Herr Grünberg kam später, wie erwähnt, wegen der Sache vor den Richter.

In der Verhandlung gegen Müller sah die Strafkammer den Wahrheitsbeweis für mißlungen an, und Müller wurde wegen öffentlicher Beleidigung zusätzlich zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, während der Vertreter der Anklage drei Monate beantragt hatte. Aus der Verhandlung war interessant, daß der beleidigte Staatsanwalt eifrig erklärte, Blätter wie die „Volkswacht“ lese er sonst nicht, er habe dazu kein Bedürfnis. Ach, wenn doch seine Breslauer Kollegen derselben Meinung wären! Im übrigen sind wir derselben Meinung, daß gerade im vorliegenden Falle von der „Volkswacht“ alles getan worden ist, was überhaupt einer Zeitung zu tun möglich ist. Einer der als Zeugen vernommenen Königshütter Richter erklärte, daß Herr Grünberg im Rufe eines durchaus vertrauenswürdigen, ruhig denkenden Mannes stehe, dem man durchaus Glauben schenken könne. Durch Herrn Grünberg kann die Sache nur an die Oeffentlichkeit gekommen sein, zum mindesten ist der in die Presse gekommenen Darstellung von ihm nicht widersprochen worden. Unser Berichterstatter, der die Königshütter Verhältnisse genau kennt, hatte also nicht die geringste Veranlassung, der Nachricht nicht zu trauen. Er schickte sie der Redaktion, und diese [illegible] Veranlassung, dem sonst stets bewährten Berichterstatter gerade in diesem Falle — vielleicht weil es sich um einen Staatsanwalt handelte — nicht zu trauen, zumal wir ja wußten, daß die Sache in ganz gleichartiger Darstellung vorher bereits durch die oberschlesische und die Breslauer Presse gegangen war. Die Redaktion und ihr Vertrauensmann haben also in keiner Weise ihre journalistische Pflicht verletzt, daran ändert auch die harte Strafe von drei Wochen Gefängnis nichts.

---

6. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

(Letzter Tag der Verhandlung.)

Den Vorsitz führt Saupe-Magdeburg.

Mit 37 gegen 3 Stimmen wird beschlossen, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen.

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß wurde der Vorsitzende des Verbandes und Koch-München delegiert.

Der Sitz des Ausschusses wird nach Magdeburg verlegt; der Antrag wurde mit 32 gegen 7 Stimmen gefaßt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Meyer-Magdeburg bestimmt.

Die Vorstandswahl ist eine geheime. Der bisherige Kassierer Lindner-Hamburg wünscht an seinem bisherigen Wohnort zu verbleiben, und lehnt es ab, mit nach Berlin zu gehen. Gewählt wird deshalb als erster Vorsitzender Saupe-Magdeburg mit 23 gegen 14 Stimmen, als zweiter Vorsitzender Hech-Berlin mit 22 gegen 18 Stimmen, und als Kassirer der bisherige Vorsitzende Bischoff mit 34 gegen 7 Stimmen.

Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Umbreit, weist auf die gegenwärtigen Aussperrungen in der Holzindustrie und in der Schneiderei hin und empfiehlt, für die kämpfenden Brüder eine Sympathiekundgebung zu erlassen, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangt:

Die sechste ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands erblickt in den Massen-Aussperrungen, von denen die Berufe der Holzarbeiter und Schneider betroffen sind, das Bestreben des organisierten Unternehmertums, die Arbeiterklasse niederzuringen und die Gewerkschaften zum Weißbluten zu bringen. In seiner rücksichtslosen Durchbrechung bestehender Tarife bekundet das Unternehmertum, daß ihm weniger an der dauernden friedlichen Ordnung der Arbeitsverhältnisse auf vertraglicher Grundlage, als vielmehr an der einseitigen Durchsetzung seiner Klassen-Interessen und Machtgelüste gelegen ist, und daß es sich in deren Verfolgung um keinerlei rechtliche und gesetzliche Schranken kümmert.

Demgegenüber ist ein solidarisches Zusammenhalten aller Arbeiter-Organisationen notwendig, um die Pläne der Arbeitgeber zu Schanden zu machen.

Die Generalversammlung sichert den ausgesperrten Arbeitsgenossen ihre vollste Sympathie zu und erwartet von den Berufsgenossen, daß sie die kämpfenden Genossen in ihrem Widerstande auf das tatkräftigste unterstützen.

Der wöchentliche Beitrag wird auf 60 Pfennige festgesetzt.

Hierauf wird beschlossen, die Beitragserhöhung am 1. Juli d. J., die Sitzverlegung am 1. Oktober d. J. und das gesamte neue Statut am 1. Januar 1908 in Kraft treten zu lassen.

Zwischen der Beitragserhöhung und der Einführung der Erwerbslosenunterstützung liegen mithin sechs Monate zur Ansammlung eines gewissen Fonds für den neuen Unterstützungszweig.

In der Nachmittagssitzung referierte Korbowitz-Berlin über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berufe und die Einführung von Normaltarifen. Nach einer längeren, sehr eingehenden Debatte wird der Vorstand mit der Ausarbeitung allgemeiner Tarifnormen beauftragt.

Die Generalkommission wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Einwanderungsbedingungen in die Organisationen der überseeischen Länder denen der hiesigen Gewerkschaften gleichgestellt werden.

Der Vorsitzende erklärt hierauf die Verhandlungen für beendet. Er dankt den Delegierten für den an den Tag gelegten Arbeitseifer und bittet sie, daheim energisch im Sinne der gefaßten Beschlüsse zu wirken.

*** Zur Schneideraussperrung in Breslau.** Der Arbeitgeberverband wendet sich in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse gegen den Vorwurf, einen Tarifbruch begangen zu haben, der in einer Versammlung der Ausgesperrten erhoben und in unserem Blatte wiedergegeben war. Es wird behauptet, nach dem geltenden Tarifvertrage könne das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jederzeit ohne vorherige Kündigung gelöst werden. Der Tarifvertrag selbst sei zwischen den beiderseitigen Organisationen mit dreimonatlicher Frist zu kündigen, soweit Lohnfragen in Betracht kommen, abgeschlossen. (?) Um solche handele es sich aber am hiesigen Platze zunächst nicht, sondern um eine Generalaussperrung über ganz Deutschland, aus prinzipiellen, allgemeinen Gründen.

Solche Ausführungen sind doch nichts, als Wortspielerei, um die Wahrheit zu verschleiern. Bei diesem Bemühen sind sie sogar mit unserer lieben deutschen Sprache in Konflikt gekommen. Der geltende Tarifvertrag ist doch vor allen Dingen auch abgeschlossen, um während seiner Dauer den Frieden im Gewerbe zu sichern. Das ist der Zweck aller Tarifverträge. Wir möchten doch einmal sehen, ob nicht die Arbeitgeber den Vorwurf des Tarifbruchs gegen die Arbeiter ebenso erheben würden, falls es diesen einmal einfallen sollte, trotz eines bestehenden Tarifs „aus prinzipiellen, allgemeinen Gründen“ in einen Streik einzutreten, nicht etwa, weil über den Tarif selbst Differenzen entstanden sind, sondern lediglich um die Arbeitgeber-Organisation zu sprengen. Das Recht, den einzelnen Arbeiter zu entlassen, steht jedem Arbeitgeber jederzeit zu, und wird nicht bestritten. Für eine allgemeine Aussperrung aber kommt die Kündigungsfrist des Tarifes in Betracht. Ein Tarifbruch liegt deshalb zweifellos vor.

Den ersten Gegendruck haben die Ausgesperrten am Sonnabend unternommen, indem sie allesamt ihre Entlassung verlangten. Manchem Arbeitgeber wird dabei recht schwül zu Mute geworden sein, wissen sie doch alle nur zu genau, daß sie die Prosperität ihrer Firmen zum guten Teil ihren eingearbeiteten Leuten zu verdanken haben, die nun zum Teil vielleicht auf Nimmerwiedersehen aus ihren Werkstätten hinausgegangen sind.

*** Ein Rohrlegerstreik,** an dem etwa 100 Arbeiter beteiligt sind, ist heute Morgen bei folgenden 6 Installationsfirmen ausgebrochen: Aust, Eesch, Haag, Milde, Nelken, Rogge. Es handelt sich um Tarifstreitigkeiten. Verhandlungen, die am vorigen Sonnabend bereits stattfinden sollten, haben kein Resultat gezeitigt. Heut Nachmittag soll das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Tätigkeit treten.

*** Welch erbärmliche Verhältnisse im Schmiedeberuf** bestehen, zeigt eine Mitteilung aus der Werkstatt des Herrn Brix, hier, Anker- und Windenschmiede. Man schreibt uns darüber: Der Betrieb befindet sich am Dammweg nach der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn und ist in einem alten Fachwerkbau untergebracht. Aber auch die Behandlung, die der Besitzer dieses Werkes zuteil werden läßt, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Am 28. März, Vormittags, hielt er es für nötig, einen Schmiedegesellen nicht nur mit Redensarten, wie: „faules Luder, — verfluchter Junge, laß Dir das Lehrgeld wiedergeben“, usw. zu belegen, nein, auch handgreiflich wurde er und verabreichte ihm mehrere Ohrfeigen. Und dies alles nur deshalb, weil der betreffende Arbeiter einen Handgriff anders ausführte, als Herr Brix sich ihn gedacht hatte, ohne daß aber die Arbeit dadurch beeinträchtigt wurde. Wie uns ferner mitgeteilt wird, ist von seiten des Schmiedes gegen den schlagfertigen Unternehmer Strafantrag gestellt worden. Der Sohn dieses Arbeitgebers hat sich auch schon ein ähnliches Auftreten angeeignet, nur stößt er bei den Arbeitern auf größeren Widerstand als sein Vater.

Frägt man nach dem Lohn der dort beschäftigten Schmiede, dann erfährt man, daß derselbe sich zwischen 30—45 Pfennig pro Stunde bewegt. Trotz dieser Verhältnisse halten es einige dort beschäftigte Schmiede noch immer nicht für notwendig, sich dem Schmiedeverband anzuschließen. Denn sie tragen zum größten Teil Schuld, daß derartige Vorgänge sich ereignen können. Auch diesem Manne muß einmal bewiesen werden, daß er seine Leute als Menschen zu behandeln hat und nicht als Prügeljungen.

Die Praktiken eines Stellenvermittlers. Gegen die Hobaus'schen Eheleute klagte vor dem hiesigen Gewerbegericht ein Fräulein aus einer kleinen Stadt Oberschlesiens wegen Erstattung einer Summe von 300 Mark und außerdem auf Zahlung einer entsprechenden Entschädigung, weil es ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden ist. Mit dieser Streitsache hat es eine eigenartige Bewandtnis. Die Klägerin las eines Tages in einer Breslauer Zeitung, daß eine Dame für leichtere schriftliche Arbeiten gegen ein Monatsgehalt von 100 Mark gesucht wird, die aber in der Lage sein muß, eine Kaution von 600 Mark zu hinterlegen. Nun, eine Stellung für leichte Arbeiten und 100 Mark Gehalt, das ließ sich gewiß hören. Der Inserent hatte nicht umsonst spekuliert. Es meldete sich sogleich eine Dame aus der Provinz, die nicht nur ein Sparkassenbuch über 600 Mark aufweisen konnte, die auch sonst mit ihrer Person repräsentierte. Sie wurde auch sofort engagiert gegen monatliche Kündigung und 100 Mark Gehalt. Aber in dem schriftlichen Vertrage, der mit ihr abgeschlossen wurde, war von keiner Kaution die Rede, sondern die 600 Mark wurden als „Geschäftseinlage“ bezeichnet, ein Manöver, das in Breslau Mode geworden zu sein scheint. Das Geld brauchte die Angestellte nicht auf einmal zu zahlen, nur wenn es im Geschäft gebraucht wurde. Vorzugsweise beschäftigt sich Herr Hobaus mit der Vermittlung von Stellen für ausländische Arbeiter. Wird ein Trupp solcher Arbeiter bei ihm bestellt, so hat er dafür zu sorgen, daß die Leute auf seine Kosten an Ort und Stelle gebracht werden, erst dann erhält er vom Auftraggeber seine Gebühren und Spesen. Das ist indessen wohl nicht immer der Fall, die Agenten lassen sich oft Vorschüsse von den Auftraggebern zahlen. Herr Hobaus sagte der Klägerin, daß er das Geld für Reiseauslagen brauche. Schon am ersten Tage nach dem Dienstantritt verlangte der Agent die erste Rate von 150 Mark, die ihm auch bereitwilligst gezahlt wurde, acht Tage darauf die zweite, auch diese wurde gewährt, als aber nach wenigen Tagen schon die dritte gefordert wurde, stiegen der Buchhalterin doch Bedenken auf, sie zog Erkundigungen ein, und die Auskunft schien nicht zum Vorteil der Eheleute auszufallen zu sein, sie verweigerte die dritte Rate — es waren inzwischen vierzehn Tage vergangen — und die Weigerung führte zum Bruch. Frau Hobaus deutete dem Fräulein an, wenn es nicht zahlen wolle, könne es unmöglich ein Gehalt von 100 Mark erhalten, und Herr Hobaus erklärte die Weigerung als einen Kontraktbruch. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht beantragte der Beklagte die Unzuständigkeit, der Fall gehöre vor das Kaufmannsgericht. Der Antrag wurde abgewiesen, denn ein Stellenvermittler ist nicht Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzes. Soweit es sich um die Geschäftseinlage handelte, hätte sich das Gewerbegericht allerdings für unzuständig erklären müssen, wenn es nicht zu einem Ausgleich gekommen wäre. Die Eheleute erklärten, daß sie mittellos seien und das Geld zur Hebung des Geschäftes gebraucht haben. Die Beklagten verpflichteten sich auf den dringenden Rat des Vorsitzenden, die 300 Mark am 1. Mai cr. zurückzuerstatten und bald eine Entschädigung von 30 Mark zu zahlen.

*** Für Ausbesserungsarbeiten an der Liebichshöhe** hatten die Stadtverordneten bekanntlich im Februar dieses Jahres 24,050 Mk. bewilligt. Bei den Arbeiten, mit denen bereits begonnen worden ist, handelt es sich vor allem um die Herstellung neuer Decken für das Atrium und den Säulengang. Die alten Decken bestanden aus Holz und waren in großem Umfange verfault. Da sie in besonderem Maße durch das darüber liegende Erdreich der Nässe ausgesetzt sind, werden sie jetzt aus Eisenbeton hergestellt, zu welchem Zwecke zahlreiche Holzstützen aufgestellt sind. Bei den Umbauten werden statt der oberirdischen Leitung unterirdische Kabel für die elektrische Beleuchtung eingebaut und diese gleichartig verwebet.

*** Halbseitig gesperrt** wird für Fuhrwerk und Reiter wegen Umpflasterung des Fahrdammes und Aufhöhung des Straßenbahngleis des Dominikanerplatz und die Dominikanerstraße vom 29. April ab auf 7 Wochen.

*** Der Mangangehalt und Mangantransportgehalt des** Leitungswassers betrug nach der Analyse vom 3. April 0,5 mg bezw. 1,0 mg auf das Liter. Die [illegible] sich am 8. April auf 15,000 oben Grundwasser und [illegible] Oberwasser.

*** Gesperrte Wege im Breslauer Landkreise.** Der Weg von Treschen nach Radwanitz ist wegen Reparatur der Oderbrücke in Treschen bis zum 11. April gesperrt. Ferner wird wegen eines Umbaues der Steinbahn auf der Chaussee Domslau—Rothsürben die Teilstrecke, welche zwischen der Tschauchelwitzer Zuckerfabrik und dem westlichen Ausgang von Rothsürben gelegen ist, vom 11. bis 27. d. M. für Fuhrwerk und Reiter gesperrt. Der Verkehr ist auf die Wege über Wiltschau bezw. über Tschauchelwitz—Repline verwiesen.

*** Frühling am Stadtgraben.** In den letzten Tagen wurden von den Promenadenwärtern die Bruthäuschen für die Schwäne und Enten auf den verschiedenen Teilen des Stadtgrabens hergerichtet und die Ziervögel, die den größten Teil des Winters auf kleinen Wasserflächen am Oberen Bär verbracht hatten, dahin gebracht, damit sie hier dem Brutgeschäft und der Erziehung der Jungen nachgehen können.

*** Geschäftseinteilung beim Magistrat.** Durch den Eintritt der neuen Stadträte Dr. Tobler und Dr. Friedel hat sich beim Magistrat eine abermalige Aenderung der Dezernate erforderlich gemacht. Stadtrat Dr. Tobler wird Vorsitzender der Gewerbe-Deputation, der Servis- und Einquartierungs-Deputation und der Hafen-Deputation. Er wird (vorbehaltlich der Wahl) Mitglied des Stadtausschusses, der Sicherungs-Deputation. Er übernimmt folgende Dezernate und soweit sie jetzt Assessoren übertragen sind, Kodezernate: Gewerbe- und Innungssachen, Städtisches Grundeigentum, Militär- und Einquartierungssachen; juristisches Dezernat der Feuerwehr, der Speiseanstalten und des Hafens. Stadtrat Dr. Friedel wird Vorsitzender der Stiftungs-Deputation, Mitglied der Armen-Direktion, der Legat-Kommission, zweiter Stellvertreter des Generalvormunds und Mitglied des Sparkassen-Kuratoriums.

*** Verlegung des Heu- rc. Marktes in Breslau.** Das Polizeipräsidium veröffentlicht in seinem amtlichen Organ die Verlegung des Wochenmarktes für Heu, Stroh, Gras und anderes Viehfutter, Laub- und Nadelstreu von dem Trebnitzer Platz nach dem Platze vor den Grundstücken Schießwerder-Platz 28, 30 und 32. Die Anweisung der Standplätze auf dem Heu- rc. Markt erfolgt durch die zuständigen Polizeibeamten. Der Markt findet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage statt und beginnt in den Monaten Mai, Juni, Juli und August um 5 Uhr Morgens; in den Monaten März, April, September und Oktober um 6 Uhr Morgens; in den übrigen Monaten um 7 Uhr Morgens. Der Schluß des Heu- rc. Wochenmarktes erfolgt während des ganzen Jahres um 12 Uhr Mittag.

*** Eisenbahnunfall auf dem Breslauer Hauptbahnhof.** Am Sonnabend Nachmittag waren auf dem Hauptbahnhof Breslau an den Schluß des um ½3 Uhr nach Görlitz abgehenden Zuges Nr. 440 leere Personenwagen zur Verstärkung zu schieben. Da sich die Kuppelung zwischen Maschine und Wagen aus noch nicht aufgeklärter Ursache löste, liefen die Verstärkungswagen gegen den mit Reisenden besetzten Zug. Infolge des Stoßes wurden, wie uns amtlich mitgeteilt wird, 12 Personen leicht verletzt, von denen vier ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen. Wagenbeschädigungen fanden nicht statt.

*** Im Stadttheater** werden Montag die drei erfolgreichen Novitäten „Das süße Gift“, „Der Vagabund und die Prinzessin“ sowie „Liebestränen“ wiederholt. Dienstag folgt im „Ring des Nibelungen“ „Siegfried“ mit Herrn Trostorff als Siegfried, Herrn Beeg als Wanderer, Herrn Lücke als Mime, Herrn Rehkopf als Alberich, Herrn Döring als Fafner, Frl. Westendorf als Brünhilde, Frl. Neisch als Erda, Frl. Rollan als Waldvogel. (Anfang 7 Uhr.) Freitag findet die Premiere der irischen Volksoper „Shamus O'Brien“ von S. Stanford statt. Das Werk gelangt zum ersten Male in Deutschland zur Aufführung. In England hat „Shamus O'Brien“ viele Aufführungen erfahren. Der Komponist wird der Premiere in Breslau beiwohnen. Am Sonnabend schließt der „Ring“ mit „Götterdämmerung“.

*** Lobe-Theater.** Montag findet eine Wiederholung von Oskar Straus' erfolgreicher Operette „Hugdietrichs Brautfahrt“ statt. Für Sonnabend wird Max Dreyer's Spiel „Die Hochzeitsfackel“ vorbereitet.

*** Thalia-Theater.** Als erste Volks-Vorstellung für Gruppe L wird Montags Goethes Schauspiel „Torquato Tasso“ aufgeführt. An der Abendkasse Billettverkauf. — Die Ausgabe der Billets für die neue Gruppe erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Rendantur des Stadt-Theaters.

Als Abonnements-Vorstellung für die Mitglieder des Humboldtvereins (rote Karten) wird Dienstag „Monna Vanna“ zur Aufführung gebracht. Donnerstag wird die Vorstellung für Inhaber der grauen Abonnementskarten wiederholt. Freitag wird als Volksvorstellung für den Humboldtverein das Lustspiel „Frauenkampf“ in Verbindung mit dem Schwank „In Zivil“ aufgeführt. Vorbestellungen auf Billets sind zu richten an Herrn Bernhard, Sadowastraße 60, wo Donnerstag von 10 bis 1 Uhr die Ausgabe der Billets erfolgt.

*** Im Schauspielhause** wird am Montag die beliebte Operette „1001 Nacht“ von Joh. Strauß wiederholt.

*** Unverantwortliche Fahrlässigkeit eines Vaters.** Zu dem von uns bereits am Sonnabend mitgeteilten Todesfalle eines Kindes in der Holteistraße schreibt der Polizeibericht noch: Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß nur eine allerdings sehr grobe Fahrlässigkeit des Vaters den Tod herbeigeführt hat. Als sich Frau Richter aus der Wohnung am frühen Morgen entfernt hatte, um auf Arbeit zu gehen, und der Mann in seinem Bett, welches er erst Morgens aufgesucht hatte, erwachte, stand er auf und ging ins Leihhaus, wo er seine Kopfkissen versetzte. Aus dem Erlös löschte er seinen Durst, und hatte in wenigen Stunden für 1.50 Mark Schnaps vertrunken. Als er nach Hause kam und das Kind schrie, ließ er durch eine Nachbarsfrau Milch und Brennspiritus holen, und er hat tatsächlich auch dem Kinde zu trinken gegeben. Entweder hat er nun das Kind neben sich in das Bett gelegt, aus dem es später herausstürzte, oder er hat es in der Trunkenheit aus seinen schlaffen Armen in das Emailleschaff fallen lassen, in welchem es seinen Tod fand. Am Sonnabend Nachmittag fand in der Kgl. Anatomie die Sektion der kleinen Leiche statt, an welcher auch der Vater des Kindes teilnehmen mußte.

*** Ringkampf mit einem Hunde.** Ein Ringkampf mit blutigem Ausgang spielte sich dieser Tage in einer Restauration in der Ohlauer Vorstadt ab. Ein Gast erklärte sich im Laufe der Unterhaltung bereit, mit einem im Lokal umherlaufenden großen Hunde einen Ringkampf aufzunehmen. Nach wenigen Minuten endete der Kampf damit, daß der Ringkämpfer schwere Bißwunden davontrug. Auf Anordnung von Verbänden wurde er in das Kloster der Barmherzigen Brüder übergeführt.

*** Alarmierung der Feuerwehr.** Am 5. d. M., Abends, wurde die Feuerwehr nach Bischofstraße 14 gerufen, ohne daß eine Brandgefahr vorlag. Beim Schwelen von [illegible] war den Kellerfenstern Rauch entströmt, was Anlaß zur Herbeirufung der Feuerwehr gegeben hatte. — Ein Brand, welcher leicht größere Dimensionen hätte annehmen können, brach am 5. d. M., Abends gegen 10 Uhr, in dem Hause Gartenstraße 96 aus. Als die Feuerwehr [illegible], brannten bereits unter dem Dach in der [illegible] ein Teil der Decke und Verschalungen mit Balken und Hobelspänefüllungen. Zum Ablöschen genügte die Eimerspritze.

*** Beschädigte Straßenlaterne.** Am 4. d. Mts. Nachmittags, riß ein Wagen auf der [illegible] an einem Gaslaternenträger [illegible] um. Die Leiter wurde gebrochen und an [illegible] angeschlagen.

*** Festgenommen** wurde ein Arbeiter, der einem anderen Arbeiter, mit welchem er gemeinschaftlich auf einer Stube geschlafen hatte, ein Portemonnaie mit 1.90 Mk. gestohlen hatte.

*** Vermißt wird** seit dem 4. Februar der 29 Jahre alte [illegible] Hermann Merkl, [illegible] 5.

*** Roheit.** In einer [illegible] auf der [illegible] entspann sich zwischen Gästen ein Streit, wobei ein Gast dem anderen [illegible] mit einem [illegible] [illegible]

[illegible] behandelt. Der Verletzte fand im Krankenhause der Barmherzigen Brüder die erste Hilfe. — Ferner fanden in diesem Krankenhause u. a. Aufnahme: ein Kutscher, der durch ein Pferd geschlagen worden war und einen Schädelbruch davongetragen hatte, ein Lehrling, der durch einen anderen Lehrling gelegentlich eines Streites mit einem Messer in die Brust gestochen worden war, und ein Arbeiter, der von einer durch den Wind umgeworfenen Leiter gestürzt war und das linke Bein gebrochen hatte.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 5. d. M. 15 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: Eine Bauzeichnung, ein silbernes Kettenarmband, eine silberne Damenuhr, eine Damenstahluhr, ein goldenes Medaillon mit Bildnis, ein Damentäschchen mit einem Trauring und ein Reisekorb.

* **Abhanden** kamen: Eine Brosche in Dolchform, eine goldene Damenuhr und zwei Portemonnaies mit 11 Mark beziehungsweise 15 Mark.

* **Gestohlen** wurden: Acht Sack Weizenmehl und 149 Pakete mit Nägeln; aus einem Neubau in Woischwitz ein Fahrrad „Reform" Nr. 39156 und fünf Hobel, aus einem Keller auf der Opitzstraße fünf Pfund weiße Waschseife, von einem Rollwagen ein Ballen Kleesamen, aus einer Brauerei auf der Nikolaistraße Kupferrohr im Werte von 20 Mark, auf dem Schlachthofe einem Fleischermeister von der Viktoriastraße ein halbes Schwein und einem Fleischermeister von der Piastenstraße ein Rindshinterviertel, in einem Automatenrestaurant einer Brennereiverwalterin ein Portemonnaie mit 137.20 Mark.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Böttcher!** Mittwoch, den 10. April, Abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 3 und 4, die Quartalsversammlung statt. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige und interessante.
Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Handschuhmacher!** Sonnabend, den 13. April, Abends 8½ Uhr, Zimmer 2, wichtige Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme des Ortsvereins zu den Generalversammlungs-Anträgen.
Der Ortsvorstand.

Aus Schlesien und Posen.

30,000 Ausbeutungsobjekte.

Der Frühling hat überall seinen feierlichen Einzug gehalten, gleichzeitig aber auch der russische, ruthenische und polnisch-galizische Landarbeiter, der ohne Heimat, ohne festes Ziel auf den Gütern ostelbischer und anderer Junker für einige Monate Unterschlupf sucht und findet, sofern er sich geneigt zeigt, seine Arbeitskraft dem Herrn von Grund und Boden schrankenlos zur Verfügung zu stellen. Leider gelingt das ja dem deutschen Junker, weil die Arbeiter meistens unwissend und mit den Verhältnissen nicht vertraut sind.

Soeben kommt aus **Myslowitz** die Nachricht, daß über 30,000 Saisonarbeiter aus Galizien dort eingetroffen sind. Der größte Teil wurde durch drei Extrazüge von Krakau aus nach Oswiecim befördert. Ein Extrazug mit 19 Wagen galizischer Saisonarbeiter ging von hier nach Dänemark ab.

Wir möchten nur wünschen, daß recht viele von den kommenden Arbeitssklaven darüber aufgeklärt werden, wie sie unter der Peitsche des Junkers arbeiten und sich behandeln lassen müssen, damit sie als Pioniere für die Arbeiterbewegung dereinst tätig sein möchten.

In der Strafsache

gegen den Redakteur Robert **Albert** aus Breslau, am 28. April 1877 zu Werl in Westfalen geboren, Dissident, wegen öffentlicher durch die Presse begangener Beleidigung hat die erste Strafkammer des Königlichen Landgerichts in Breslau am 12. Juli 1906 für Recht erkannt: Der Angeklagte, Redakteur Robert Albert, ist der öffentlichen durch die Presse begangenen Beleidigung in zwei Fällen schuldig und wird deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 1 — einem — Monat verurteilt.

Den Beleidigten, und zwar dem kommandierenden General des V. Armeekorps in Posen wird die Befugnis zugesprochen, binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils im ersten Falle die Verurteilung des Angeklagten zu 2 — zwei — Wochen Gefängnis auf Kosten des Angeklagten in der „Volkswacht" und in der „Schlesischen Zeitung" einmal bekannt zu machen und zwar in der „Volkswacht" im [illegible] Teil und in derselben Schrift wie der Abdruck der Beleidigung, nämlich im ersten Fall des Artikels: „[illegible]" in der Beilage zu Nr. 75 der „Volkswacht" vom 31. März 1906, im zweiten Fall des Artikels: „Einer unerhörten [illegible]" in Nr. 91 der „Volkswacht" vom 20. April 1906 geschehen ist.

Die strafbaren Artikel in allen im Besitze des Verfassers, Druckers, Herausgebers, Verlegers oder Buchhändlers befindlichen und in den öffentlich ausgelegten oder öffentlich angebotenen Exemplaren der Nr. 75 der „Volkswacht" vom 31. März 1906 und der Nr. 91 vom 20. April 1906 sowie derjenige Teil der Platten und Formen, auf welchen sich jene Artikel befinden, sind unbrauchbar zu machen.

Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

Brieg, 6. April. Die letzte Stadtverordnetenversammlung war sehr [illegible], weil der „[illegible]" zu einem neuen Kulturwerke gelegt wurde. Es lag nämlich ein Antrag des Magistrats vor, welcher den Ankauf von [illegible] zur Anlage eines Stadtwaldes zum Preise von 55,000 Mark forderte. [illegible]

[illegible]

— **Schweidnitz**, 6. April. [illegible]

[illegible]

höhung müssen neben den hohen Preisen für Rohmaterialien selbstverständlich auch die „hohen" Löhne der Arbeiter herhalten.

Waldenburg, 4. April. Der Sekretär des reichstreuen Bergarbeiter-Verbandes, Herr Ermert zu Waldenburg, hat in Nr. 14 des „Feierabend" und in Nr. 25 des Waldenburger „Hausfreund" wieder einen Schimpfartikel losgelassen, der auch ohne das Korrespondenzzeichen t. die Verfasserschaft des Herrn Ermert verrät, weil man solche Artikel nur von einem Ermert erwarten kann. Es scheint ja seine Aufgabe zu sein, die Sozialdemokratie, und namentlich den Bergarbeiter-Verband und dessen Führer zu beschimpfen und herunter zu reißen. Die Grubenherren, als Brot- und Auftraggeber des Herrn Ermert zahlen ihm die 4000 Mark Gehalt jährlich, die Ermert nach Aussage reichstreuer Knappen erhalten soll (oder lügen die Reichstreuen, Herr Ermert?), doch nur deshalb, damit er die Sozialdemokratie und den Bergarbeiter-Verband (lies: die dem Kapital gefährliche Bewegung) bekämpfen soll.

Herr Ermert schreibt unter der Ueberschrift: „Noch einmal der Lackreisende-Artikel" einen armseligen Schwulst zusammen. Er will, gestützt auf die Notiz in Nr. 68 der „Volkswacht", nachweisen, daß ich doch niemals Bergarbeiter gewesen sei. In der „Volkswacht" war über meine frühere Tätigkeit folgendes gesagt:

„Sachse, 1876 bis 1892 Stellmacher in Berg- und Hüttenbetrieben, dann Verbandsbeamter."

Diese nicht ganz richtige Notiz muß dem Herrn Ermert als gefundenes Fressen Stoff zu einem ellenlangen Artikel geben. Andere Sünden hat Ermert also an meiner Wenigkeit, trotzdem, wie Ermert in öffentlicher Wahlversammlung eingestand, die Detektivbureaus meiner Person nachgeschnüffelt haben, nicht entdecken können. Geradezu lächerlich ist seine Behauptung, ich stehe als Lügner am Pranger. Nicht ich, sondern Ermert hat gelogen. Hierfür liegen unbestreitbare Tatsachen vor. Wie Ermert behauptet, soll ich in den Versammlungen in Charlottenbrunn und Bärengrund verschwiegen haben, welcher Art die Arbeit gewesen sei, die ich in der Grube verrichtete. Das habe ich nicht verschwiegen, sondern erklärt, daß ich als Schlepper (in Sachsen Fördermann genannt) tätig gewesen sei. Das weiß Ermert! Unter Zustimmung der anwesenden Bergarbeiter habe ich Herrn Ermert vorgehalten, daß die Schlepper sogar gesetzlich als Bergarbeiter gelten. Das soll er jetzt schon vergessen haben? Das ist nicht anzunehmen, und bleibt nur die Tatsache übrig, Herr Ermert hat das wider besseres Wissen geschrieben. Nachdem Ermert dann noch die Verbandsbeamten angepöbelt hat, befaßt er sich noch mit anderen Angaben, von denen er behauptet, daß sie von mir stammen. Die Angaben sind nicht richtig und um Herrn Ermerts Behauptung, ich habe gelogen, aus der Welt zu schaffen, will ich den Wortlaut anführen, der in dem Hilger'schen Reichstagshandbuch (der kleine Kürschner genannt) steht und von mir selbst angegeben ist. Es heißt dort:

„H. G. Sachse (Sozialdemokrat), seit 1902 Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter in Bochum. Geboren am 29. 1. 1862 in Stein bei Zwickau, evangelisch. Besuchte 1868—1876 die Volksschule in Wildbach, lernte dann als Stellmacher in Niederplanitz 1876—1879, arbeitete als Geselle bis 1881 und wurde dann Berg-, später Hüttenarbeiter. Als solcher war er bis 1892 tätig, in welchem Jahre er Vorsitzender des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter wurde, nach dessen Auflösung 1896—1902 Kassierer der Verbandsgesellschaft „Glück auf" in Zwickau, [illegible]. 1899 bis 1902 Mitglied des Gemeinderats in Niederplanitz. Mitglied des Reichstags seit 1898."

[illegible]

Bochum, den 5. April 1907.
Hermann Sachse.

Glogau, 6. April. Eine feine Blüte! [illegible]

[illegible], 7. April. [illegible]

Beuthen, 7. April. Noch immer keine Aufklärung über den Mörder [illegible]. [illegible]

Posen, 4. April. **Das Versehen eines Richters.** Wegen Amtsvergehens nach § 345 des Str.-G.-B. ist am 30. Oktober v. Js. vom hiesigen Landgerichte der Amtsgerichtsrat J. Semrau zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte bei einem Untersuchungsgefangenen die Vollstreckung einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten zu verfügen. Er übersah dabei, daß dem Manne ein Teil der Untersuchungshaft angerechnet worden war — dieser Passus stand ganz am Ende des Urteils — und verfügte eine Strafvollstreckung in Höhe von sechs Monaten, statt einer solchen von fünf Monaten. Boshafterweise verlangte der Gefangene nicht bereits nach fünf Monaten, sondern erst später seine Entlassung, so daß er dann vierzehn Tage zuviel verbüßt hatte. — Gegen seine Verurteilung hatte der Amtsgerichtsrat Revision eingelegt, wobei er sich darauf berief, daß ja der betr. Gefangene absichtlich zunächst nichts gesagt habe, also selbst daran schuld sei, daß er länger als notwendig im Gefängnis gesessen habe. — Da das Urteil keinen Rechtsirrtum enthielt, erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision.

Schönlanke, 7. April. **Was Schmock doch alles zu erzählen weiß.** Zu dem Eisenbahnunfall bei Schönlanke bemerkt die bürgerliche Presse, daß Prinz Friedrich Wilhelm, der jüngste Sohn des vor einiger Zeit verstorbenen Prinzen Albrecht in dem Schnellzuge sich befand, welcher kurz hinter Bahnhof Schönlanke Halt machen mußte, da die Strecke durch den entgleisten Güterzug gesperrt war. Der Prinz war genötigt umzusteigen und die Fahrt bis Kreuz in einem Wagen 4. Klasse zurückzulegen. Hier war inzwischen ein Reserve-Zug mit einem Wagen erster Klasse für den Prinzen bereitgestellt worden.

Schmock muß sich allem Anscheine nach eines sehr intelligenten Leserkreises erfreuen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Letzten Sonnabend, Abend kurz vor 7 Uhr, ist auf Anweisung der **Hirschberger** Staatsanwaltschaft die Frau Gutsbesitzer Klein, die Schwiegertochter des Ermordeten und Schwester des bereits verhafteten Bergmann, unter dem Verdachte der Mittäterschaft in Schmiedeberg verhaftet und in das Hirschberger Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. — Das Reichsgericht hat die Revision des Bankiers Cohn, der am 12. Januar vom **Hirschberger** Schwurgericht wegen Unterschlagung und Vergehen gegen § 9 des Depotgesetzes zu zwei Jahren Gefängnis, zweitausend Mark Geldstrafe und vier Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, verworfen. — Die in den siebziger Jahren stehende Häuslerwitwe Gratza in **Groß-Strehlitz** ist in ihrer Wohnung, die sie allein inne hatte, verbrannt aufgefunden worden. Sie hatte die Gewohnheit, heiße Ziegelstücke zu ihrer Fußerwärmung in das Bett zu legen; sie scheint sich hierbei schwere Brandwunden zugezogen zu haben und dann in einem Ohnmachtsanfalle gegen den heißen Ofen gestürzt zu sein, wobei sie vollends verbrannte.

Aus den Gerichtssälen.

Wegen Majestätsbeleidigung

hatte sich am Sonnabend der 48 Jahre alte Südfruchthändler Emil Czerner von Breslau vor der ersten Strafkammer zu verantworten, zugleich auch wegen Beleidigung einer Gastwirtin. Die Straftaten soll er am 1. Februar in der Angetrunkenheit in einer Restauration begangen haben. Die Verhandlung, die wie stets unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, endete mit der Verurteilung des Angeklagten, über den im Jahre 1900 schon einmal wegen Majestätsbeleidigung sechs Monate Gefängnis verhängt worden sind, wiederum zu sechs Monaten Gefängnis.

Was sind öffentliche Angelegenheiten?

Der Maurer Pias, Vertrauensmann des Zentralverbandes, war vom Landgericht Beuthen OS. wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er in einer nicht bei der Polizei angemeldeten Zusammenkunft von 10 bis 15 Maurern des Bauunternehmers Nentwich unter anderem auch über die Ziele und Erfolge des Zentralverbandes der Maurer gesprochen hatte. Das Landgericht führte aus: Es handele sich hier um eine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, die nach § 1 des Vereinsgesetzes der Polizei hätte gemeldet werden müssen. Angeklagter habe die versammelten, noch nicht organisierten Maurer veranlassen wollen, bei Nentwich, der nicht dem Arbeitgeberbunde angehörte, nur zu den Bedingungen des zwischen den Organisationen der Maurer und der Arbeitgeber abgeschlossenen Tarifvertrages zu arbeiten. Dabei sei er zugleich für den Anschluß an den Zentralverband der Maurer eingetreten und habe geschildert, wie mit dessen Hilfe die Verhältnisse in ganz Deutschland gebessert und geregelt worden seien. Das sei eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gewesen. Daß sie nur vor dem kleinen Kreise der Maurer eines Unternehmers erfolgte, sei unerheblich. Zweifellos habe es sich auch um eine „Versammlung" gehandelt.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten mit der Begründung, daß die Vorinstanz ohne Rechtsirrtum sowohl eine „Versammlung" angenommen habe, als auch, daß einer ihrer Zwecke die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gewesen sei. Angeklagter sei deshalb mit Recht als Unternehmer und Redner einer nicht angemeldeten aber anmeldepflichtigen Versammlung verurteilt worden.

Der 20 jährige Rekrutenerzieher.

Ein Mißhandlungsprozeß beschäftigte am Freitag, wie schon kurz gemeldet, das Oberkriegsgericht des Gardekorps. Auf der Anklagebank saß der 20jährige Unteroffizier Staniek von der 6. Kompagnie des 3. Garderegiments. 49 Fälle von Mißhandlungen, teils schwerer, teils leichter Art, und zwei Fälle vorschriftswidriger Behandlung Untergebener werden ihm zur Last gelegt. Er wurde oft von seinen Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft wegen ungenügender Ausbildung seiner Untergebenen gerügt. Er wollte nun mit Gewalt „tüchtige Soldaten" heranbilden. In roher und brutaler Weise vergriff er sich an den Rekruten und es dauerte nicht lange, da begann er Mißhandlungen. Dem Grenadier Franz hatte der Angeklagte eines Tages den Auftrag gegeben, seine Stiefel zu putzen. Diese waren ihm nicht blank genug und während schlug er so lange mit den Stiefeln F. ins Gesicht, bis das Blut floß. Der Bedauernswerte mußte das Blut abwischen und die Stiefel noch einmal putzen. Der Vertreter der Anklage führte in seinem Plädoyer aus, daß es trotz aller Sorgfalt nicht möglich sei, die Mißhandlungen vollständig aus der Welt zu schaffen. Was aber unter allen Umständen vermieden werden müsse und im Interesse der Dienstfreudigkeit der Mannschaft unterlassen werden müsse, das seien derartige rohe Mißhandlungen. Er beantrage für die Einzelstrafen im ganzen zwei Jahre und sieben Monate und eine Gesamtstrafe von einem Jahre sechs Monaten Gefängnis, sowie Degradation. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und auf Degradation.

Der Ulan als Totschläger.

Der Ulan Schulz von der zweiten Eskadron des Posener Ulanenregiments, der während des Manövers am späten Abend im polnischen Dorfe [illegible] in einem Rencontre mit polnischen Arbeitern den sechzigjährigen [illegible] aus [illegible] mit einem Spaten erschlagen und dabei dessen Körper bestialisch zugerichtet hatte, war vom Kriegsgericht freigesprochen. Das Gericht hatte bei dem Angeklagten Bewußtlosigkeit mit Ausschluß freier Willensbestimmung bei Begehung der Tat angenommen. Dieses aufsehenerregende ungerechte Urteil wurde am Donnerstag nach erneuter Verhandlung vom Oberkriegsgericht aufgehoben.

Der Ulan wurde wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange [illegible] Tat, für die freilich [illegible] in höherem Maße als der Angeklagte die Verantwortung trägt, sehr milden Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. Der Verurteilte wurde in Haft genommen.